

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Harald Güller

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Peter Winter

Abg. Claudia Stamm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Hans Herold

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes  
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017) (Drs. 17/12805)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die  
Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)  
(Drs. 17/12806)**

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich ist heute der wichtigste Tag im Parlamentsjahr; denn die Feststellung des Haushalts ist erste Pflicht und höchstes Recht der Abgeordneten. Mit dem Haushalt wird Bilanz gezogen und Rechenschaft abgelegt, werden aber auch Perspektiven eröffnet.

Viel Arbeit liegt vor uns: Der Haushalt umfasst insgesamt 5.100 Seiten mit 15.700 Titeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist aber nicht nur eine Aneinanderreihung von Zahlen – hier geht es nicht um Mathematik –, sondern unser Haushalt in Bayern ist das modernste Zukunftskonzept in Deutschland und Europa.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man sich den europäischen Kontinent ansieht, die Verwerfungen und Sorgen, Arbeitslosigkeit, finanzielle und politische Instabilität,

(Florian von Brunn (SPD): Warum nicht weltweit?)

dann stellt man fest, dass Deutschland in Europa der letzte echte Stabilitätsanker ist.

Warum kann Deutschland in Europa so stark auftreten? Warum ist Deutschland dieser Anker in Europa? – Das liegt an der wirtschaftlichen Stabilität. Diese wirtschaftliche Stabilität Deutschlands kommt aber durch den Freistaat Bayern zustande; denn der Freistaat Bayern ist der finanziell stärkste Teil von Deutschland. Wir halten Deutschland an der Stelle hoch.

(Beifall bei der CSU)

Dabei ist es schon eine besondere Situation, in der wir in diesem Jahr den Haushalt diskutieren, und zwar ist sie psychologisch besonders. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich befinden wir uns in wirtschaftlich blühenden Zeiten. Uns geht es so gut wie nie. Wir hatten noch nie so wenige ernsthafte Probleme wie heute. Das heißt nicht, dass es keine Herausforderungen gibt, aber wirtschaftlich stehen wir so gut da wie noch nie.

Wir haben einerseits einen hohen sozialen Frieden, andererseits gibt es aber eine starke und tiefe Verunsicherung sowie die Sorgen der Menschen. Unser Haushalt ist deswegen so angelegt, dass er nicht nur eine faktische, sondern auch eine psychologische und emotionale Antwort auf die Herausforderungen bietet. Dieser Haushalt ist eine humane und innovative Antwort auf die Herausforderungen der Zeit. Wir reagieren auf das, was von außen auf Bayern zuströmt, denken aber auch an die eigenen Hausaufgaben in Bayern und – das ist am wichtigsten – vergessen dabei die einheimische Bevölkerung nicht. Für sie, meine Damen und Herren, ist der Haushalt besonders gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Es ist natürlich erwartbar, dass ein Finanzminister das sagt. Allerdings ist er nicht der Einzige, der das sagt. Wir bekommen bestätigt, dass Bayern stark und Spitze ist, und

zwar von denjenigen, die sich relativ objektiv damit beschäftigen. PwC macht Bayern im aktuellen Länderfinanzbenchmarking erneut und zum vierten Mal in Folge zur absoluten Nummer eins für nachhaltige Haushaltspolitik. Auch die großen Ratingagenturen, die über internationale Vergleiche verfügen, zeichnen ein hervorragendes Bild von Bayern und verleihen uns ein Triple A.

Darum kann man sagen: Unser Haushalt ist nicht nur in Bayern akzeptiert, sondern er findet auch international bei Experten und Fachkundigen Beachtung. Das ist ebenso eine der Stärken Bayerns: Ein Land mit internationaler Wirtschaft, ein Land mit internationalen Verflechtungen muss auch international geachtet werden, und das ist eindeutig belegt.

(Beifall bei der CSU)

In unserem Entwurf geht es – damit das die Bürgerinnen und Bürger wissen – um 117,2 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Das ist im Jahresdurchschnitt eine Ausgabensteigerung um rund 2,5 % ohne Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs und um 3,3 % mit dessen Berücksichtigung. Zu diesem Thema komme ich später noch.

Bayern wächst – das muss man sagen – in allen Bereichen. Obwohl Bayern wächst und die Ausgaben wachsen – die Menschen erwarten ja auch eine Betreuung in vielen Fragen; wir haben es gerade gehört –, machen wir zum 12. und 13. Mal in Folge keine neuen Schulden. Wir sind ein Land, das keine Schulden macht und für andere Länder sogar noch einen Länderfinanzausgleich zahlt.

Wir sind ein Land, das trotz der großen Herausforderungen nach wie vor Schulden tilgt; im nächsten Doppelhaushalt ist es wieder eine Milliarde Euro. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen plant für 2017 eine Neuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, und wir tilgen alte Schulden. Das ist der Unterschied zwischen den Regierungen in Bayern und in Düsseldorf.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Das führt übrigens auch dazu, dass wir die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung haben. Der bayerische Bürger ist mit 2.317 Euro verschuldet, der Bürger in Nordrhein-Westfalen mit 10.730 Euro.

Unsere Zinsen und Belastungen bzw. Schulden sinken, woanders steigen sie. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Momentanbetrachtung oder die Ausgabebetitel für dieses und nächstes Jahr wichtig; denn Zinsausgaben sind der Lackmustest für die nächste Generation, ob junge Menschen in Bayern eine finanzielle Perspektive haben. Unsere bayerische Finanzpolitik gibt nicht nur Antworten auf die Gegenwart, sondern sie gibt vor allem jungen Menschen eine Perspektive, damit sie auch im nächsten Jahrzehnt in Bayern noch leben und arbeiten können.

(Beifall bei der CSU)

Wir kommen gleich zu den Ausgabenposten und sehen, wie viel Geld wir an welchen Stellen ausgeben wollen bzw. ausgeben müssen. Zuvor aber noch eine Kennzahl, die man auch nennen muss: Trotz der Herausforderungen international und national bleibt am Ende eine stabile Rücklage von 1,5 Milliarden Euro für die Wirren der Zeit. Meine Damen und Herren, ich möchte das ansprechen, weil in den anderen Ländern Schulden gemacht werden. In den anderen Ländern fordert man höhere Steuern. Wir können all das, was wir für andere leisten müssen, und all das, was wir in Deutschland zahlen müssen, bewältigen. Wir schaffen es darüber hinaus, in Bayern eigene Impulse zu setzen und – das ist wichtig – für weitere wirtschaftlich und international schwierige Zeiten noch eine stabile Rücklage von 1,5 Milliarden Euro zu behalten.

Deswegen sage ich Ihnen: Keine Schulden, Schuldentilgung, hohe Investitionen und solide Rücklagen sind die mathematische Erfolgsformel für die Zukunft, und die gibt es nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Manch einer fragt: Warum wächst ein Haushalt überhaupt? Wäre es nicht besser, er würde schrumpfen? Ist Schrumpfen nicht generell besser? – Nun, meine Damen und Herren, Bayern wächst in jeder Beziehung, wir haben es gerade gehört: in der Bevölkerung, im Zuzug und Gott sei Dank auch langsam wieder in den Geburtenraten. Bayern wächst aber vor allen Dingen in der Wirtschaft. Das bayerische Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum wieder um 3,3 % gewachsen. Bayern liegt beim Wirtschaftswachstum absolut auf Platz eins im Ländervergleich.

Meine Damen und Herren, in den letzten zehn Jahren ist die bayerische Wirtschaft preisbereinigt um 21 % gewachsen; die Steuereinnahmen sind um 50 % gestiegen. Deshalb kann ich Ihnen allen sagen: Es gibt ganz klar kein ebenso attraktives Land für Menschen und Wirtschaft wie unser Bundesland. Der Haushalt muss wachsen, damit diese Geschwindigkeit des Wachstums gehalten wird und es so gestaltet werden kann, dass es für die Menschen verträglich ist.

(Beifall bei der CSU)

Wofür geben wir das viele Geld aus? – Das Geld wird sinnvoll eingesetzt für die Herausforderungen von außen und für die Stärkung nach innen. Ich sage Ihnen sehr offen: Leider bleibt der große Ausgabeposten auch für 2017/2018 bei der Flüchtlingsthematik und der Asylfrage. Wir müssen noch einmal mindestens 4,7 Milliarden Euro ausgeben. Zur Relation: Der Haushalt des Saarlandes für ein Jahr ist geringer als das, was wir in den nächsten beiden Jahren beim Asyl ausgeben müssen. Wir werden dafür für die Jahre 2015 bis 2019 zusammengerechnet 9 Milliarden Euro ausgegeben haben. Meine Damen und Herren, lassen Sie einmal die guten Worte weg: Lasst uns nicht nur an den Worten sie erkennen, sondern an den Taten; so steht es in entsprechenden Texten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da fällt mir Apple ein! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Genau, zuhören! Wenn es um die Bibel geht, zuhören, gerade auf der Seite! Da habt ihr noch Nachholbedarf. Da habt ihr noch einen schweren Nachholbedarf.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Wir sitzen hier, schauen Sie her!)

Wenn ich mir überlege, was im letzten – –

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Ich höre Sie auch so. – Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich an die Szenen im letzten Jahr. Was wurde Bayern in Deutschland angegriffen, als die Flüchtlingsherausforderung kam: Die sollen sich nicht so haben, die Bayern. Bayerische Kommunalpolitiker sollen sich nicht so haben. Das muss man doch schaffen. – Jeder bayerische Kommunalpolitiker, das gesamte Land hat es damals geschafft, allen Menschen, die zu uns gekommen sind, ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen zu geben sowie sie medizinisch zu versorgen.

Erinnern Sie sich noch, wie es einige Monate später nach Ankündigung einer geringen Zahl im Bundesland Berlin ausgesehen hat? Es ist bekannt, dass Berlin nicht einmal einen Flughafen bauen kann. Aber dass sie auch humanitär versagen, macht den Unterschied zu Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Meine Damen und Herren, diese Aussagen, die wir im Haushalt treffen und die wir belegen, zeigen, dass Humanität die Richtschnur unseres Handelns ist. Meiner Meinung nach ist das der barmherzigste Haushalt, den es in Deutschland gibt. Kein anderes Land macht das. Nirgendwo gibt eine solche Hilfe wie in Bayern.

Man darf mahnen und kritisieren, aber die Wahrheit ist: Die bayerischen Bürger erbringen eine großartige humanitäre Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Aber neben Barmherzigkeit braucht es auch Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, dass wir schon darüber nachdenken müssen, wie die Kosten insgesamt in der Relation zu den Herausforderungen stehen und auch von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert werden. Die Summen, die wir ausgeben – das kann ich keinem ersparen –, können wir kein zweites Mal für etwas anderes ausgeben. Wir hätten möglicherweise Rücklagen in Höhe von 8 bis 9 Milliarden Euro bilden können, wenn wir diese großen Herausforderungen nicht gehabt hätten. Wir könnten davon Hunderttausende von Lehrern und Polizisten oder Kitaplätze finanzieren. Wir könnten davon vielleicht sogar vier Universitäten komplett neu bauen und schlüsselfertig abgeben. Darum müssen wir auch darüber Rechenschaft ablegen, wie und für was wir das Geld ausgeben. Landräte und Oberbürgermeister haben recht, wenn sie sagen: Wir dürfen nicht einfach nur Geld ausgeben, sondern wir müssen es vernünftig ausgeben. Deswegen sage ich Ihnen: Auf Dauer müssen die Kosten sinken. Wir brauchen eine sinnvolle Ausstattung, die von den Bürgern als gerecht und fair empfunden wird. Sonst bekommen wir ein Problem in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen müssen Standards überprüft werden. Das Glücksrittertum muss bei einzelnen Maßnahmen beendet werden. Auf Dauer darf es keine Besserstellung bei Hartz-IV-Leistungen geben. Das sagen auch die kommunalen Spitzenverbände. Der Staat – davon bin ich fest überzeugt, darüber muss man reden – muss insgesamt ein gerechtes und soziales Gefüge haben. Wenn mit der Gesundheitskarte in einigen Bundesländern sehr schnell alle Leistungen ermöglicht werden und die Empfänger dieser Leistungen damit mit Menschen gleichgestellt werden, die ihr Leben lang in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt haben, dann wird das in Deutschland nicht als gerecht empfunden. Wenn wir in Bayern mindestens 700 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgeben, dann fordern Landräte und der Städtetag sofort – und das auch mit Recht – eine Änderung des Rechtes, die jetzt übrigens in Berlin

auch erfolgen soll, damit die Kosten neu strukturiert werden und zurückgehen. Ich unterstütze diese Vorschläge, die übrigens auch von der Bundesfamilienministerin kommen. Eines sage ich Ihnen, und dabei bleibe ich: Am Ende werden wir nicht zum sozialen Frieden beitragen, wenn wir für die Versorgung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger bis zu 5.000 Euro im Monat ausgeben müssen, während es unglaublich viele Rentner gibt, die maximal 500 oder 600 Euro Rente bekommen. Das ist nicht gerecht. Das muss fair und vernünftig gestaltet werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Reden Sie mit den Rentnerinnen und Rentnern in diesem Land. Fragen Sie die Bevölkerung. Wenn das Parlament nicht mehr in der Lage ist, zu fühlen, wie das Volk denkt, und die Empfindungen der Menschen aufzunehmen, dann vertreten Sie nicht mehr ernsthaft das Volk. Dann müssen Sie sich auch nicht wundern, wenn irgendwann einmal andere an Ihrer Stelle sitzen, weil Sie das Volk ignorieren. Nehmen Sie das bitte ernst.

(Beifall bei der CSU)

Neben dem Asyl ist die Sicherheit die zweite große Herausforderung.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist doch ein Schmarrn ohne Ende! – Gegenruf von der CSU: Sie sollten lieber zuhören!)

– Für Sie ist der Schutz der Bürger ein Schmarrn, liebe Frau Stamm. Ich weiß, dass Sie ein Fan von Anarchie sind. Ihre Zwischenrufe deuten es auch regelmäßig an. Wir sind aber hier im Bayerischen Landtag und nicht auf dem Parteitag der GRÜNEN, wo Sie diese Zwischenrufe gerne machen können.

(Beifall bei der CSU)

Der Auftrag des Staates ist es, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt, die Bürger zu schützen. Das ist die Kernbotschaft des Staatswesens. Was denn

sonst? – Nicht Versorgung, sondern Schutz heißt die Kernbotschaft. Der Staat darf dabei auf das Beste hoffen, er muss aber zwingend auf das Schlimmste vorbereitet sein. Ich kann mich daran erinnern, dass ich persönlich von einigen hier im Landtag heftig angegriffen worden bin, als ich nach den Anschlägen von Paris angedeutet habe, wie schwierig es werden wird, wenn Grenzen offen sind, dass offene Grenzen auch von anderen missbraucht werden könnten. Ein Riesengeschrei gab es damals. Debatten und Angriffe gab es. Woche für Woche und Monat für Monat wird diese These, die ich damals aufgestellt habe, aber immer mehr bestätigt. Darum kann ich Ihnen sagen – –

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das müssen Sie doch nicht mehr wiederholen! Das ist doch widerlich!)

– Wenn man aus schlechtem Gewissen dazwischenruft, ist das nicht die Wahrheit, die die Bevölkerung hören will, liebe Frau Stamm. Die Wahrheit ist etwas anderes.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahrheit ist: Unkontrollierte Grenzen erhöhen die Sicherheit nicht; denn sie werden von anderen möglicherweise missbraucht. Deswegen ist es für uns klar: Sicherheit muss verstärkt werden, Kontrollen müssen erhöht werden, und in Polizei und Justiz muss mehr investiert werden. Das erwarten die Bürger von uns.

(Beifall bei der CSU)

In Bundesländern, in denen Sie regieren, in denen die Wählerinnen und Wähler Ihnen den Auftrag erteilt haben, ist die Bilanz bei der Sicherheit doch eine Bankrotterklärung des Staates.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Jetzt hör doch auf!)

Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen kapitulieren.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Hören Sie halt zu! Es wird doch nicht besser, wenn Sie immer dazwischenblöken, Herr von Brunn. Das wird doch nicht besser. Das Mikrofon habe ich in dem Fall. Sie kommen noch zu Wort. Wir haben noch stundenlang Zeit. Ich habe heute nichts anderes zu tun.

Meine Damen und Herren, wenn der Staat beginnt, sich zurückzuziehen, und es Clans anderer Gruppen überlässt, die Ordnung zu gestalten – offizielle Zahlen aus allen Teilen Deutschlands bestätigen das, man nennt das neudeutsch so schön No-go-Area –, bedeutet das nichts anderes, als dass der Staat nicht in der Lage ist, für Ordnung zu sorgen, weil er sich entweder nicht traut, weil er personell dazu nicht in der Lage ist oder weil er gar nicht mehr die Kraft hat, Recht und Ordnung durchzusetzen. Wer das Feld anderen überlässt, lässt es zu, dass solche Zustände wuchern. So etwas wird in Bayern nicht passieren. Wir lassen diese Form der Aufgabe von Freiheit und Sicherheit nicht zu.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sind für die Sicherheit 10 Milliarden Euro vorgesehen. Wir stocken auf Wunsch der CSU-Fraktion und des Innenministers die Sachmittel der Polizei auf. Wir steigern die Ausgaben für Dienstkleidung, Waffen und für eine bessere Ausstattung um über 30 %, weil wir mit einer immer hemmungsloseren Gewalt mancher Täter konfrontiert sind. Wir erhöhen die Zahl der Personalstellen. Im Moment haben wir mit 41.370 Stellen den höchsten Personalstand aller Zeiten bei der Polizei. Wir erhöhen diese Zahl noch einmal und haben damit in Bayern 326 Polizisten pro 100.000 Einwohner, während es in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg nicht einmal 230 pro 100.000 Einwohner gibt. Wenn man weniger Polizei hat, hat man weniger Sicherheit. Wir wollen mehr Sicherheit als andere Bundesländer. So schaut es aus. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Der Innenminister und der Justizminister bekommen 1.250 neue Stellen. 1.000 Stellen entfallen auf die Polizei. Aber auch die Justiz bekommt zusätzliche Stellen. Wir verstärken die Gerichte und die Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Extremismus und Cyber-Kriminalität. Diese Zahlen sind eine Botschaft nicht nur an die Bürger, sondern auch an die, die Böses wollen. Diese Botschaft lautet: Jeder, der in Bayern Ärger machen will, muss wissen, dass er es mit dem Staat zu tun bekommt, der sehr entschlossen ist.

(Beifall bei der CSU)

Sicherheit und Asyl sind eine Herausforderung. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir auch in Bayern Entwicklungsaufgaben haben. Eine der großen Aufgaben ist der ländliche Raum. Der ländliche Raum ist für uns Entwicklungsaufgabe Nummer eins. Warum? – Wir freuen uns darüber, dass unsere Metropolen boomen und wachsen. Das ist zwar mit vielen Problemen versehen, aber sie wachsen, und das ist wichtig. Wir unterstützen die Metropolen übrigens sehr mit großen Entscheidungen, mit Verkehrsprojekten, Kulturprojekten, Universitäten und Ähnlichem mehr. Wir dürfen darüber aber nicht den ländlichen Raum vergessen.

Ich wundere mich manchmal darüber – darüber werden wir an anderer Stelle diskutieren –, wie selbstsicher und selbstbewusst in München gesagt wird, im ländlichen Raum solle alles so bleiben, wie es ist. Am besten möge sich gar nichts verändern. Machen wir doch aus dem ländlichen Raum eine Art großen Naturpark, aber ändern wir so wenig wie möglich. Wenn man den ländlichen Raum ernst nimmt, wenn man die demografische Entwicklung im ländlichen Raum ändern will, ist es ein Grundfehler, zu glauben, man könne eine Käseglocke über den ländlichen Raum legen. Der ländliche Raum muss pulsieren, er muss Lebensraum sein, aber nicht Ruheraum für alte Ideen und Forderungen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen wir uns davon nicht abbringen. Über rechtliche Fragen wie zum Beispiel das LEP werden wir an anderer Stelle diskutieren. Die Heimatstrategie ist eine ganz langfristig angelegte Strategie, die nicht auf ein Jahr beschränkt ist. Wir haben in Bayern in den letzten 10 bis 20 Jahren vielleicht manchmal das Gegenteil gemacht. Wir haben zu sehr die Metropolen beachtet. Das Ergebnis ist, dass wir uns jetzt wieder umorientieren müssen. Wir sehen, dass gerade im ländlichen Raum die Geburtenquote steigt und die Arbeitslosenquote sinkt. Abwanderungen werden geringer. Die Homogenität und Stabilität der Kraft im ländlichen Raum wachsen. Das dürfen aber nicht hohle Worte bleiben, diese Worte müssen auch unterlegt werden.

Das erste Beispiel ist der kommunale Finanzausgleich. Wir sind jetzt bei fast 9 Milliarden. Das ist ein absoluter Rekord- und Spitzenwert, den wir in Bayern haben. Noch nie war es so viel. Meine Damen und Herren, die Schlüsselzuweisungen sind so hoch wie noch nie. Die Stabilisierungshilfen in Höhe von nunmehr 150 Millionen Euro haben sich seit dem Jahr 2011 versechsfacht. Kein anderes Bundesland macht das mit dieser Wucht. Wir haben es geschafft, dass 80 % der Kommunen unter 5.000 Einwohnern, die 2012 bzw. 2013 erstmals Stabilisierungshilfen erhalten haben, ihre Verschuldung abbauen konnten. Übrigens ist der Schuldenabbau der Kommunen ein substanzieller Beitrag für mehr Leben und Innovation. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur alimentieren, sondern müssen aktivieren. Das ist eine Frage des Selbstbewusstseins. Es kann nicht sein, dass immer nur die großen Städte wie München und die Bürokratie darüber entscheiden, was im ländlichen Raum passiert. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln geben wir Bürgern, Gemeinderäten und Bürgermeistern die Selbstachtung, aus eigener Kraft stärker zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Respekt vor der Heimat. Das gehört dazu.

Lieber Peter Winter, das ergänzen wir durch Straßenbau, Straßenplanung, Städtebau und die Dorferneuerung. Da diese Maßnahmen nicht so sexy klingen, fallen sie in der

Medienberichterstattung oft hinten runter. Das sind jedoch alles Mosaiksteine, um überall im Land, in jedem Dorf und in jeder Gemeinde zu zeigen, dass der Staat es ernst meint und ihm die Bürger im ländlichen Raum etwas wert sind. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wir unterstützen Gemeinden mit schwachen Ortskernen mit einem eigenen Programm, damit Leerstände beseitigt und reaktiviert werden. Alles zusammen ist ein hochmodernes Konzept. Wir erhalten mit modernen Mitteln Tradition und Kultur. Das ist für Bayern das Allerwichtigste. Wir setzen auf Innovation und Technologie, vergessen jedoch nicht die kulturelle Seele Bayerns. Diese liegt im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Infrastruktur möchte ich als Beispiel die Digitalisierung nennen. Darüber haben wir oft geredet. Im Rahmen des Doppelhaushalts haben wir wieder einen großen Betrag von 600 Millionen Euro für die Breitbandförderung zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich kann man über einzelne Gemeinden reden. Meine Damen und Herren, das ist schon ein Erfolgsmodell. Über 96 % der Kommunen befinden sich im Verfahren. Bisher haben wir bereits Förderbescheide in Höhe von rund 500 Millionen Euro an 1.300 Kommunen übergeben.

In den letzten Jahren sind 900.000 Haushalte an das schnelle Internet angebunden worden. Das sind mehr Haushalte, als im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern vorhanden sind. Es werden 21.000 Kilometer Glasfaser verlegt – das ist achtmal der Umfang Bayerns. Der Anteil des schnellen Internets im ländlichen Raum ist verdoppelt worden. Mein sehr verehrten Damen und Herren, deswegen kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich erinnere mich zurück an die Zeit, als ich als Heimatminister mit Albert Füracker begonnen habe. Am Anfang war fast nichts da. Jetzt herrscht eine Aufbruchstimmung im Land. Ein Bürgermeister hat mir erzählt, sein Großvater habe den Strom in die Gemeinde gebracht, und er bringe das schnelle Internet in die Gemeinde. Das kann man miteinander vergleichen. Das ist das größte Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte, und es funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen das mit WLAN und Mobilfunk fort. Wir erschließen das Land Stück für Stück und bereiten es auf die modernste Technologie vor. Damit setzen wir Akzente, die es nirgendwo sonst in dieser Form gibt. In anderen Bundesländern gibt es vielleicht Bürgerschaftsprogramme; keiner kümmert sich dort wirklich um WLAN. Dort schaffen es noch nicht einmal die großen Städte, aus eigener Kraft eine WLAN-Versorgung herzustellen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir geben sogar den kleinsten Dörfern die Möglichkeit, WLAN einzurichten. Wir stärken den ÖPNV. Wir unterstützen ebenfalls den Tourismus und Freizeitangebote. – An dieser Stelle ist der Zwischenruf wirklich der unangebrachteste der Welt. An dieser Stelle wäre auch von Ihnen einmal ein Beifall für die Leistungen fällig, die wir in Bayern erbringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir können über viele Dinge streiten, aber das ist objektiv so.

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist uns besonders wichtig. Was wäre der ländliche Raum ohne Landwirtschaft? Manch einer redet bei der Landwirtschaft die Zahlen klein: Spielt sie noch eine Rolle? Braucht man das Ganze noch? Sind moderne Agrarfabriken wie in Nord- und Ostdeutschland denn nicht die Zukunft? – Meine Damen und Herren, auf dem bayerischen Weg, den unser Landwirtschaftsminister verfolgt, sind auch größere Betriebe ein fester Bestandteil. Die konventionelle Landwirtschaft und die Bio-Bauern gehören jedoch genauso dazu. Deshalb ist es wichtig, dass der Freistaat Bayern bei der Aufstellung seines Haushalts nicht nur über Landwirtschaft redet, sondern auch etwas dafür tut. Ich sage Ihnen eines: Ohne die bayerische Landwirtschaft wäre unser Land ärmer. Wir wollen sie in schwierigen Zeiten erhalten und stärken.

(Beifall bei der CSU)

Wir können nicht alle internationalen Entwicklungen verhindern. Leider können wir in Europa noch nicht alles steuern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was heißt "noch nicht"?)

Deshalb kämpfen wir auf allen Ebenen dafür. Wir setzen jedoch eigene Akzente. Wir setzen mit der Aufstockung des Kulap um insgesamt rund 124 Millionen Euro – das ist eine Steigerung um 34 % – ein wuchtiges Signal. Das wird anerkannt. Damit können wir schwierige Preisentwicklungen mildern und dämpfen sowie neue Akzente setzen. Wir sollten nicht nur im Hinblick auf die Preisentwicklung, sondern auch auf die Bürokratie etwas ändern. Für das Ausfüllen eines Antrags beim BAMF braucht man nur wenig Zeit. Im Vergleich dazu müssen Landwirte sehr viel mehr Zeit aufwenden. Diese Relation ist nicht mehr gerecht. Dem Land täte weniger Bürokratie in der Landwirtschaft wirklich gut.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema Bildung. Lieber Gerhard Waschler, das läuft so gut, dass nur wenige sorgenvoll über das Thema reden. Das Thema Bildung bleibt selbstverständlich absolute Zukunftsperspektive. Wir geben jeden dritten Euro, insgesamt rund 38,3 Milliarden Euro, für die Bildung aus. Bildung ist das Tor in die Zukunft. Trotz Schülerrückgängen haben wir keine Lehrerstelle in Bayern gestrichen. Wir haben die demografische Rendite vollständig im Schulsystem belassen. Daneben haben wir noch neue Stellen ausgebracht. Seit dem Jahr 2009 ist die Zahl der Lehrerstellen um über 6 % gestiegen. Zusätzlich gibt es 821 neue Stellen, um die Beschulung von Flüchtlingen zu garantieren. Bis zum Ende des Jahres 2018 wird die Zahl der Lehrerstellen auf 90.000 Stellen steigen. Das ergänzen wir mit der Regionalisierung der Hochschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas Besseres fällt uns jetzt auch nicht mehr ein. Das ist wirklich ein zielführender und guter Weg.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zum Thema Personalhaushalt. Neben Investitionen ist das Personal immer ein wichtiger Bestandteil. Wir erhöhen den Personalstand um 3.182 Stellen, davon sind 42 % dem Bereich Sicherheit und 41 % dem Bereich Bildung zuzuordnen. Das sind gut angelegte Stellen. Wie steht es überhaupt um den öffentlichen Dienst? – Vor vielen Jahren hat es Ärger gegeben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Im Ländervergleich findet Bayern Anerkennung bei seinen Beamten. Unser Dienstrecht erhält nationale Preise. Anders als Länder wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Hessen zeigen wir bei der Bezahlung und Alimentierung, dass uns die Leistung der Beamten genauso viel wert ist wie die der Angestellten im öffentlichen Dienst. Das wollen wir auch fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man auch belegen. Ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele nennen. Ein bayerischer Polizeibeamter – A 13, Endstufe, ledig – erhält im Jahr rund 7.500 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin, rund 5.000 Euro mehr als in Rheinland-Pfalz oder 3.400 Euro mehr als in Nordrhein-Westfalen. Ein bayerischer Steuerbeamter – A 8, Endstufe, verheiratet – erhält 4.000 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin, 3.100 Euro mehr als in Rheinland-Pfalz, 2.200 Euro mehr als in Niedersachsen oder 2.100 Euro mehr als in Hessen. Ein bayerischer Grundschullehrer in A 12, der in der Anfangsstufe und ledig ist, erhält 5.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Rheinland-Pfalz, 4.500 Euro mehr als in Niedersachsen und 3.200 Euro mehr als in Hessen. In Berlin werden neueingestellte Lehrer nicht mehr verbeamtet. Diese drei Beispiele zeigen, dass sich die bayerischen Beamten glücklich schätzen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Stellenanzahl bei der Steuerverwaltung neu strukturiert. Im Zeitraum von 2009 bis 2016 haben wir über 2.000 neue Stellen geschaffen. Im Doppelhaushalt sind weitere 900 Stellen für die Steuerverwaltung vorgesehen. Die Steuerverwaltung

weist über 2.400 Auszubildende auf. Das ist Rekord. Einige Abgeordnete, unter anderem Vizepräsidentin Inge Aures, waren dabei, als wir diese Woche neue Personalanwärter bei uns aufgenommen haben. Wir haben die Steuerfahndung seit dem Jahr 2011 um über 30 % gestärkt. Dadurch hatten wir im Jahr 2015 340 Millionen Euro Mehreinnahmen, das waren 50 % mehr. Unsere Betriebsprüfer übertreffen die nationalen Ergebnisse.

Ich weiß, dass man immer noch mehr fordern kann. Ich möchte dazu eine Aussage des Jesuitenpaters Jörg Alt zitieren. Er ist ein sehr kritischer Begleiter unserer Finanzpolitik und hat ein Buch herausgebracht. Letzthin hat er auf einer Veranstaltung, als es genau um dieses Thema ging, Folgendes zum Thema Steuerverwaltung gesagt – ich bitte alle, sich das zu merken, und sage das für das Protokoll –: "Erst Markus Söder hat das Ruder herumgerissen." Recht hat er; das haben wir gemacht, und wir setzen diesen Weg fort, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):  
Waren die vor Ihnen alle unfähig?)

– Über einen Pater sollte man nicht lachen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich meinte Ihre Vorgänger!)

Neue Stellen bedeuten auch Herausforderungen für die Zukunft. Das ist das Thema Zukunftsvorsorge/Pensionsfonds. Meine Damen und Herren, das ist schon eine größere Herausforderung für die nächste Generation; das müssen wir sehr ernst nehmen. Unser Ziel war, ist und bleibt es, die Versorgungsausgaben langfristig so tragbar zu machen, dass auch die jüngeren Abgeordneten in zwanzig Jahren ihre Haushaltspläne noch vernünftig und sauber aufstellen können. Im Jahr 2013 lag die Versorgungshaushaltsquote bei knapp 9 %. Sie wird steigen, aber nicht so wie geplant: Sie wird um 10 % betragen, etwas darüber, und ab 2031 wird sie auf 9 % sinken, weil wir zwei Dinge gemacht haben: Erstens committen wir uns klar, dass wir am Ende das Geld, das wir mit der Schuldentilgung gespart haben, die ersparten Zinsen also, einsetzen,

um Vorsorge zu treffen. Ich finde zweitens, meine Damen und Herren, dass der Pensionsfonds, den wir entwickelt haben, in den wir jährlich über hundert Millionen Euro einzahlen und der mittlerweile jährlich 2,3 Milliarden Euro an Ertrag hat, ein echtes Konstrukt der Zukunftsvorsorge ist. Deswegen kann ich nur eines sagen: Ja, wir haben mehr Personal eingestellt. Das muss man verantworten. Aber wir können das alles so abbilden, dass uns das Ganze nicht über den Kopf wächst, sondern dass auch die Tragfähigkeit des Staatshaushalts auf Dauer gewährleistet ist.

Ich möchte nie in die Situation kommen, dass Politiker darüber reden, Leistungen, Lebensleistungen im öffentlichen Dienst zu streichen, zu kürzen oder Leute auszustellen. Der öffentliche Dienst braucht eine verlässliche Perspektive für die Zukunft, und die hat er bei uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Noch zwei Punkte, die auch schmerzen, möchte ich unbedingt ansprechen. Man könnte ja sagen: Es ist alles gut – eigentlich ja, wenn es da nicht noch andere Dinge gäbe. Der erste Punkt ist der Länderfinanzausgleich. Nachdem heute und morgen verhandelt wird, gebe ich nur einen kurzen Ausblick. Aber das Thema darf man nicht verschweigen. Im Regierungsentwurf 2017/2018 sind dafür 12,4 Milliarden Euro an Zahlungen vorgesehen, 11 % des gesamten Haushalts. Im Jahr 2016 werden wir die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten. Wenn man die Zahl für das Jahr 2015 mit dem Umsatzsteuervorwegausgleich zusammenrechnet, hätten wir schon 7,5 Milliarden Euro bezahlt. Ich will mal sagen: Das ist die größte karitative Entscheidung für andere Bundesländer, die es in Deutschland gibt.

Aber, meine Damen und Herren, irgendwann findet alles sein Ende. Und darum ist die Entscheidung, die jetzt in Berlin getroffen wird, so wichtig. Wir wollen – und zwar im Einklang aller Länder; alle Länder haben zugestimmt, auch die anderen Bundesländer akzeptieren das –, dass Bayern eine deutliche Entlastung von über einer Milliarde Euro bekommt, dass der Tarif so gesenkt wird, dass vom Ertrag des Fleißes mehr im

eigenen Land bleibt. Wir hoffen jetzt sehr und unterstützen unseren Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen, dass dieses Ergebnis, das alle Länder einheitlich wollen, so vereinbart wird. Ich sage aus tiefer Überzeugung: Der Fleiß der Bayern muss sich lohnen. Das heißt: Mehr bayerisches Geld muss künftig in Bayern bleiben, anstatt woanders hinzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum letzten Punkt, der scheinbar international ist, aber für die Bürger sehr persönlich wird: Die Rettung des Euro ist eine große Aufgabe, die der Freistaat Bayern allein sicher nicht leisten kann.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich weiß nicht, ob Sie gerade eine SMS gelesen haben. – Die Niedrigzinsphase, meine Damen und Herren, fräst sich ins kollektive Bewusstsein und in den Geldbeutel eines jeden Sparers in unserem Land, und zwar unumkehrbar. Sie belastet Sparkassen und Genossenschaften dermaßen, dass das Geschäftsmodell irgendwann infrage steht, wenn es so weitergeht. Die Idee, den Euro damit zu stabilisieren, war gut gemeint. Aber sie führt jetzt nachhaltig dazu, dass Reformen in den Ländern nachlassen, weil billiges Geld den Markt überschwemmt, und dass reale Investitionen in die Wirtschaft ausbleiben, weil es im Endeffekt um nichts anderes geht als um das Aufpumpen von Finanzmärkten. Indirekt ist das, meine Damen und Herren, eine heimliche, eine schleichende Transferunion, von der deutsche Sparerinnen und Sparer und Versicherte getroffen werden. Und ich finde es auch unmoralisch, wenn Sparen am Ende weniger sinnvoll ist als Schuldenmachen. Der Bürger leiht heute dem Staat, dem Bund Geld über Bundesanleihen und muss zusätzlich Geld bezahlen, obwohl er leiht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir sind kein Volk von Spekulanten; wir sind ein Volk von Sparern, und darum muss sich diese Zinspolitik ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren, um zu anderen Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage das, weil wir dazu auch eine Idee haben. Wir sagen: Wenn wir auf der einen Seite Rekordsteuereinnahmen und auf der anderen Seite niedrige Zinsen haben und der Staat ein Stück weit "zu viel" – ich sage das in Anführungszeichen – bekommt, dann ist das unfair, und dann muss der Staat etwas zurückgeben. Darum setzen wir auf eine seriöse Steuerreform, nicht auf eine Wolkenkuckucksheim-Steuerreform, die klarmacht, dass die Bürger, und zwar die in den unteren und mittleren Einkommensgruppen, entlastet werden, dass die kalte Progression endlich beseitigt werden muss, dass sich Leistung lohnen muss. Da hat jemand mal gesagt – das habe ich letzte Woche gehört, und das hat mir gut gefallen –: Bei uns in Deutschland wird Leistung nur noch über das definiert, was jemand bekommt; Leistung ist aber auch das, was jemand leistet. Auch das, meine Damen und Herren, muss der Staat endlich wieder mehr honorieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen auch noch – die Zeit dafür ist, glaube ich, reif – auf das Ende, den Abbau des Soli. Er wird ohnedies jetzt schon nicht mehr überwiegend für den Aufbau Ost verwendet. Ich finde, meine Damen und Herren: Jetzt, so viele Jahre nach der Deutschen Einheit und nachdem so viel geleistet wurde, ist der richtige Zeitpunkt dafür gekommen, den Soli abzubauen, nicht in zehn Jahren, sondern in fünf Jahren, und dem Bürger endlich das Geld zu belassen. Das beste Steuergeld ist das Geld, das der Bürger behalten kann, nicht das, das der Staat nimmt.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Das ist ein starker Haushalt für ein starkes Land. Natürlich kann man über manches reden; das ist keine Frage. Aber ich glaube: In der Gesamtkomposition – und ein Haushalt ist wie eine Choreografie – greift alles ineinander, ist logisch und deckt die Schwerpunkte ab, die wir in Bayern definieren und die wir im Einklang mit der Bevölkerung für richtig halten. Ich sage Ihnen eines: Beim Arzt werden im Rahmen eines Bluttests die einzelnen Werte gecheckt. Der Haushalt ist auch so eine Art Labortest. Demnach sind wir, meine Damen und Herren, topfit.

Für mich ist bayerische Finanzpolitik Landespolitik pur und auch, sagen wir einmal, das Rückgrat aller anderen Politikfelder. Deswegen sage ich: Wir in Bayern und auch ich haben hier eine gemeinsame Mission. Wir wollen diese Stabilität der Finanzpolitik auch in Zukunft halten. Wir werden nicht bestimmen können, was von außen noch alles auf uns zukommt. Aber die Aufgabe, die wir leisten können, ist, uns für die Zukunft zu rüsten und für schwierige Zeiten stark zu machen, nicht Geld zu verteilen oder zu verschenken, sondern es dort einzusetzen, wo wir es für sinnvoll halten. Es bleibt die große Aufgabe und das Ziel – das sage ich ausdrücklich –, dass wir hier im Landtag, ich übrigens auch, das Versprechen von Horst Seehofer, bis 2030 schuldenfrei zu sein, gemeinsam erreichen. Dafür kämpfen wir gemeinsam und legen deswegen einen Haushalt vor, der eine echte Perspektive, eine echte Zukunftshoffnung für unsere Bürgerinnen und Bürger und dabei noch solide, stabil und sicher ist. Wer anders als wir kann das? – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 96 Minuten vereinbart worden ist. Ausgangspunkt für die Verteilung war eine Redezeit der Staatsregierung von 32 Minuten; der Herr Staatsminister hat sechs Minuten länger geredet. Von daher gesehen ergibt sich eine entsprechend längere Redezeit auch für die Fraktionen. Darauf wollte ich nur hinweisen, damit Sie dies auch nutzen können, wenn Sie das wollen.

Nächster Redner ist der Kollege Güller von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

**Harald Güller (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war eine Haushaltsrede wie erwartet. Es war ja auch nichts anderes zu erwarten als eine Aneinanderreihung von Schlagworten, Selbstlob, Selbstbeweihräucherung und eine Personalitshow à la Söder, und zwar in Richtung der eigenen Fraktion: Ich bin der Einzige, der Kandidat werden kann.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

In der Haushaltsrede wurden oft die Wörter "Zukunft" und "Investitionen" gebraucht. Lassen Sie uns in den kommenden Minuten überprüfen, wo sich für die Wörter "Zukunft" und "Investitionen", die Sie benutzt haben, im Haushalt Zahlen finden. Mit Worten kann man in diesem Haus leicht um sich werfen. Sie müssen sich aber an den Zahlen und Perspektiven messen lassen, die sich für ein gutes Bayern auch in 15 oder 20 Jahren im Haushalt finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister hat von einem Haushalt der Rekorde gesprochen. Der Haushalt hat zwar mit 57,9 bzw. 59,3 Milliarden Euro eine Rekordhöhe, zeichnet sich aber auch durch einen Rekord an Einfallslosigkeit, fehlenden Impulsen und Antworten auf die Frage aus, wie Bayern zukunftsfähig zu machen ist. Der Haushalt wird den Anforderungen einer Weichenstellung für ein gutes Bayern in 15 und 20 Jahren nicht ansatzweise gerecht und greift die Probleme nicht wirklich auf und an.

(Manfred Ländner (CSU): Nicht zugehört!)

– Wenn Sie, Herr Ländner, zugehört hätten, hätte Ihnen zumindest das Thema Wohnungsbau gefehlt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Beifall bei der SPD)

Das ist das drängendste Thema sowohl im ländlichen Raum als auch im städtischen Bereich. Wir hatten letztes Jahr 160 Millionen Euro im Haushalt und hatten 2014 bei der Förderung öffentlicher Wohnungen mit 1.904 einen Tiefstand. Alle Experten sagen: Wir brauchen in den nächsten fünf Jahren 100.000 neue Wohnungen in Bayern, um den Notstand und die steigenden Mietpreise auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Dazu gab es von Ihnen heute keinen Impuls, keine Vorschläge und keine Vorlagen im Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Entschuldigung! Ich muss mich verbessern. Sie haben eine Nachschubliste geliefert. In der Nachschubliste heißt es jetzt: Das zweite Bayerische Modernisierungsprogramm für die Wohnungsbauförderung machen wir mit der staatlichen Wohnungsraumförderung teilweise deckungsfähig. Das ist ein toller Kniff. Sie bewegen bisher 10 Millionen Euro, in Zukunft 20 Millionen Euro, von einem Topf in einen anderen Topf, ohne auch nur einen Euro dazuzulegen. Das ist ein Taschenspielertrick und wird dem, was der Freistaat Bayern braucht, nicht gerecht, nämlich mehr und bezahlbaren Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Fair wäre es gewesen, wenn Sie in Ihren Haushalt Ersatz für die 33.000 GBW-Wohnungen aufgenommen hätten, die Sie vor einigen Jahren verscherbelt haben. Die Mieterinnen und Mieter wurden – das haben wir schon immer gesagt – im wahrsten Sinne des Wortes verkauft und verraten. Jetzt steht das Thema, dass das Bieterverfahren nicht ordentlich gelaufen ist, im Raum, und das macht die Angelegenheit umso bitterer. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Haus in den nächsten Wochen und Monaten aufgeklärt werden und darüber intensiv zu reden haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man den Wohnungsbau im Haushalt anschaut, sieht man, was es heißt, wenn Sie permanent sagen, Sie arbeiten für die kleinen und mittleren Einkommen im Freistaat, für die Menschen, die billigen Wohnraum brauchen, die bezahlbaren Wohnraum brauchen und die überhaupt Wohnraum brauchen: Sie tun es nicht.

Sie tun es auch bei der Infrastruktur nicht. Die Menschen in Bayern, ob in Städten oder auf dem flachen Land, brauchen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur. In Richtung der GRÜNEN, die wieder so fröhliche Finanzierungsvorschläge machen und sagen, im Straßenbau sparen wir, weil das so gut klingt, sei angemerkt: Das fördert die verdeckte Verschuldung, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen unsere Infrastruktur auf einem akzeptablen Stand halten. Ich rede nicht von Neubau, sondern ich rede von Ausbau und Instandhaltung. Offenbar haben es noch nicht alle kapiert: Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur auch für den öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Land und ebenfalls für den Radverkehr. Das ist kein Widerspruch. Der Oberste Rechnungshof hat vor einigen Jahren von einem Investitionsstau von 720 Millionen Euro bei der Sanierung von Straßen gesprochen. Wir müssen hier etwas tun. Was machen Sie? – Sie tun so, als würden Sie den Haushalt sanieren, und schieben dabei Milliardenlasten in die Haushalte der nächsten Jahre und damit auf die nächste Generation. Das ist ungerecht und mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche machen Sie bei staatlichen und kommunalen Gebäuden. Es geht an die Substanz, wenn Sie zu einer flächendeckenden energetischen Sanierung im ganzen Land schweigen.

Das Gleiche machen Sie bei dem Thema der Barrierefreiheit. Es gab große Worte des Herrn Ministerpräsidenten: Der Freistaat ist 2023 barrierefrei. Wenn Sie sich den

Haushalt anschauen, können Sie aus 2023 ganz gemütlich 2032 oder 2040 machen; denn im Haushalt finden sich nicht die notwendigen Ansätze. Das ist unfair gegenüber allen Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, es ist unfair gegenüber allen, die mobilitätseingeschränkt sind. Deswegen werden wir hier machtvolle Änderungsanträge stellen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Minister, nämlich beim Breitbandausbau. Ja, Sie haben jetzt mehr Mittel eingestellt. Danke, dass Sie den Anträgen der SPD-Fraktion aus den letzten Jahren nun endlich gefolgt sind. Danke, dass Sie uns nicht mehr für blöd halten, wie Sie das getan haben, als Sie gesagt haben: Wie kommen die Sozialdemokraten darauf, hier Gelder zu fordern? Alles geht doch hervorragend. Danke, dass Sie schlauer geworden sind. Aber kein Danke dafür, dass Sie den Ausbau des Breitbands und der Kommunikationsstruktur in Bayern um mehrere Jahre verzögert und uns damit in Richtung Schlusslicht in Deutschland gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema öffentliches WLAN können wir noch nachlegen; Sie werden auch da Gelegenheit haben, unseren Anträgen zu folgen.

Wie soll die Infrastruktur für ein modernes Bayern in 15 bis 20 Jahren aussehen? Die SPD will in die Zukunft und in eine moderne Familienpolitik investieren. Zu einer modernen Familienpolitik gehören Kitas in hoher Qualität und mit längeren Öffnungszeiten als heute. Schauen wir in Ihren Haushalt: Fehlanzeige, kein Impuls in diese Richtung. Die Impulse werden von der SPD gesetzt. Wenn wir im Freistaat Verantwortung und Mitverantwortung für den Haushalt haben, wird es kein Betreuungsgeld, sondern ab dem Moment des von uns bestimmten Haushalts kostenlose Kitas für alle Kinder geben. Das ist klar, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns die Investitionen in die Bildung an. Nach wie vor fehlt massiv Personal im Bereich der Grundschulen, der Mittelschulen, der Realschulen und der beruflichen Schulen, aber auch der Hochschulen. Wo sind hier Ihre Impulse? Sie sind im Haushalt nicht feststellbar. Sie reden über höhere Qualität in der Ausbildung, gehen aber zum Beispiel an dem Thema der digitalen Bildung komplett vorbei. Nicht einmal Ansätze einer Veränderung finden sich in diesem Haushalt.

Auch über die Impulse der SPD in den genannten Bereichen für eine gute Zukunft Bayerns werden wir in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss, durch unsere Änderungsanträge induziert, zu reden haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns einmal das Thema Sicherheit an. Was haben wir da in den letzten Jahren erlebt? – Keine Rede des Herrn Ministerpräsidenten, des Herrn Finanzministers und insbesondere des Herrn Innenministers ohne einen Dank an die Polizei und unsere Sicherheitsbehörden. Keine Rede ohne: Wir müssen sicherer werden. Wir werden dort noch etwas machen.

Schauen Sie sich doch einmal an, wie viel Personal in den einzelnen Polizeiinspektionen fehlt! Schauen Sie sich an, welche Überstundenberge die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, vor sich herschieben! Schauen Sie sich die veraltete und nicht mehr zeitgemäße Ausstattung an! Schauen Sie sich an, was Sie unter dem Sparkurs von Herrn Stoiber, fortgesetzt unter Herrn Seehofer, beim Personal in diesem Bereich angerichtet haben!

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich auch an, was Sie im Bereich der Strafverfolgung, in den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften, angerichtet haben! Da rede ich nicht nur von den fehlenden Beamten, sondern auch von den Verwaltungsangestellten, die die Richter und Staatsanwälte entlasten könnten. Sie haben die Zukunftsfähigkeit dieses Landes,

die Sie verbal herbeireden, im Haushalt nicht realisiert. Auch hierzu wird es Anträge der SPD-Fraktion geben. Herr Minister, Sie werden die Chance haben, Ihren großen Worten von heute auch Taten folgen zu lassen.

Kolleginnen und Kollegen, an einem Punkt gebe ich Ihnen aber recht: Im Bereich Asyl müssen wir nicht vorrangig über den Haushalt reden. Da ist zwar auch viel zu tun – Asylkoordination, Asylhelfer, unbegleitete minderjährige Ausländer – und in den Bezirken, die Sie finanziell alleine lassen. Aber was nützt all das Geld, wenn Sie auf der einen Seite zwar Geld zur Verfügung stellen, aber auf der anderen Seite mit Ihren verbalen Ausfällen, die nur darauf abzielen, die Wählerinnen und Wähler der AfD zu sich zu holen, wieder alles einreißen?

(Beifall bei der SPD)

Was nützt die beste Asylbetreuung, wenn Sie Stimmung gegen alle Flüchtlinge machen, wenn Sie alle zum Sicherheitsrisiko erklären? Was nützt all die finanzielle Unterstützung, wenn Sie Ihr christliches Weltbild an dieser Stelle völlig vergessen haben? Was nützt es, wenn Sie Geld hierfür einstellen und Herr Scheuer auf der Straße gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch gegen die Helferinnen und Helfer, die versuchen, sie zu integrieren, hetzt? – Es nützt nichts, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen muss das Ganze weit über den Haushalt hinaus geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zum Thema Stellen kommen. Sie haben recht: Der öffentliche Dienst in Bayern arbeitet vorbildhaft. Deswegen haben wir gesagt: Er hat es nicht verdient, dass man mit der Rasenmähermethode über nötige Stellenmehrungen mit Stellenobergrenzen hinweggeht. Seit Jahren sagen wir – für die Fachleute: Artikel 6b des Haushaltsgesetzes –, dass die pauschale Einsparung von 2.740 Stellen Käse ist. Vielmehr muss man sich jeden Bereich einzeln anschauen.

Was sieht man versteckt im Haushaltsgesetz auf der Seite 34? – Dort heißt es: Wir nehmen die Streichung um 880 Stellen zurück. Bei diesen Stellen handelt es sich um einen Stellenabbau, der zwar im Haushaltsgesetz enthalten, aber – wörtliches Zitat – "seitens der Staatsregierung noch nicht mit konkreten Reformvorhaben hinterlegt war".

Exakt dies sagt die SPD-Fraktion, seit es den Artikel 6b in dieser Form im Haushaltsgesetz gibt. Genau dies beantragen wir seit dieser Zeit jedes Jahr. Heuer schreiben Sie in die Randbemerkungen: Ja, da haben die schon irgendwie recht gehabt. – Aber dann geben Sie uns auch recht, und streichen Sie die Stellenobergrenze generell, auch in Bezug auf die jetzt noch bestehenden. Gehen Sie einmal durch die Verwaltung! Nehmen Sie sich die Zeit, und schauen Sie sich jede einzelne Staatsaufgabe an! Dann können wir vernünftig darüber reden.

Wie ernst Sie es meinen, wenn Sie sagen, Sie machen jetzt Stellenhebungen im Haushalt, sieht man bei der Schlösser- und Seenverwaltung. Dort wird als Erstes der Präsident in eine höhere Gehaltsgruppe gehoben. Ich glaube, diejenigen, die Ihnen geholfen haben, schöne Bilder in einer Gondel auf einem See zu machen, die dafür sorgen, dass sich die Gäste in unseren Schlössern wohlfühlen, und darauf aufpassen, dass viele unserer Parks 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag offen gehalten werden können, hätten Stellenhebungen und Stellenmehrungen viel mehr verdient als der Präsident an erster Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Für uns kommen zuerst die Mitarbeiter in den normalen Besoldungsgruppen. Erst dann kommt die Spitze des jeweiligen Hauses. Da gehen unsere Meinungen, Herr Minister, offensichtlich ganz deutlich auseinander.

Kolleginnen und Kollegen, man kann aber wohl nicht pauschal sagen, dass die CSU und der Minister nicht lernfähig seien. Schon seit Jahren fordern wir, dass es Stellenhebungen geben muss. Jetzt, an dieser Stelle, werden sie zum Teil gemacht. Aber wenn Sie A sagen, müssen Sie auch B sagen. Geben Sie endlich auch bei dem zwei-

ten Thema nach! Es ist doch ein Unsinn erster Rangordnung, eine pauschale Wiederbesetzungssperre von drei Monaten im öffentlichen Dienst auszusprechen. Wenn eine Stelle tatsächlich nicht mehr notwendig ist, braucht man keine dreimonatige Sperre, sondern die Stelle fällt weg. Ist eine Stelle im öffentlichen Dienst hingegen notwendig, dann braucht man eigentlich statt einer Sperre eine bestimmte Zeit, während der zwei Personen an etwas arbeiten, nämlich die eine der anderen die Arbeit übergibt, sie in die Arbeit einführt und zeigt, was zu tun ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung, die Sie haben, nämlich nach der Rasenmähermethode drei Monate Sperre zu fordern, ist nicht zeitgemäß.

Das nächste Thema: Wie viele Personen sind im Steuervollzug tätig? – Sie haben heute wieder das Thema Internationales Steuerzentrum genannt und dargestellt, wie viel Sie getan haben. Sie haben Herrn Jesuitenpater Jörg Alt zitiert. Herr Minister, wenn Sie ihn schon zitieren, dann müssen Sie ihn aber auch richtig zitieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist der Punkt!)

Lesen Sie das Buch! Wenn Sie es wollen, dann schenken wir es Ihnen. Bei der Vorstellung hat er gesagt, dass Ihre Vorgänger die Finanzverwaltung in Bayern so herunter- und gegen die Wand gefahren haben, dass jetzt selbst Ihre halbherzigen Veränderungen genial sind.

Sie haben das Internationale Steuerzentrum so gelobt und sich mit einem Cappy mit der Aufschrift "Steuer-FBI" dreimal gezeigt. Wahrscheinlich waren mehr Menschen in der PR-Abteilung von Herrn Söder damit beschäftigt, die Presseartikel zu schreiben, als in diesem Steuerzentrum real an Steuerbeamten arbeiten. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen nur Show. Sie sprechen von 340 Millionen Euro Mehreinnahmen. Aber gleichzeitig tun Sie in der Masse der Steuerverwaltung nichts. Wir müssen an dieser Stelle mehr tun, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir schon generell bei der Steuerpolitik sind, Herr Minister: Zu einer guten Haushaltspolitik gehört auch, dass man sich um einen ordentlichen Steuervollzug kümmert. Dazu gehören aber auch rechtliche Grundlagen. Wie kommen Sie dazu, die Erbschaftsteuer regionalisieren zu wollen? Wie kommen Sie dazu, den Erbschaftsteuersatz für Bayern heruntersetzen zu wollen? Hier geht es darum, Milliardenvermögen – da ist nicht der kleine Häuslebauer gemeint, der ein Haus vererbt –, endlich ordentlich zu besteuern. Warum sind Sie gegen eine neue Vermögensteuer? Dabei geht es nicht einmal um den einfachen Millionär. Da geht es um Leute mit zweistelligen Millionenbeträgen auf ihrem Konto, für nichts und wieder nichts. Diese Vermögen tragen nichts zu dieser Gesellschaft bei, und Sie sagen: Nein, das wollen wir nicht einbeziehen. – Das ist fahrlässig, das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Hier vertritt die SPD andere Auffassungen. Wir finden das nicht gerecht. Bei der Schaffung neuer Steuertarife sind im Einkommen- und Lohnsteuertarif Veränderungen notwendig. Es sind Verschiebungen notwendig. Diejenigen, die in der Bundesrepublik höchste Einkommen erzielen, teils ohne Arbeit, müssen höher und gerecht besteuert werden. Schlupflöcher müssen gestopft werden. Diejenigen mit mittleren und niedrigen Steuerlasten müssen entlastet werden. Das ist richtig. Aber Sie haben vor Kurzem bei Apple eindrucksvoll gezeigt, was Sie damit meinen. Wenn Sie von der Entlastung mittlerer Einkommen sprechen, sprechen Sie eigentlich von Mitleid für Milliardäre und großen Konzernen wie Apple mit einer Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro bei einer Steuerlast in Irland in Höhe von 0,005 %. Und Sie sagen: Das wird das Unternehmen nur schwer verkraften können. Vielleicht hat das Folgen für das deutsch-amerikanische Verhältnis. Vielleicht hat es Folgen für mein Apple-Handy, auf dem ich auch während der Plenarsitzung so gerne herumspiele.

(Heiterkeit bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sauerei!)

Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser sozialdemokratisches Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute eine schöne Zusammenfassung austeilen lassen: Haushalt ohne Schulden, Schuldenabbau fortsetzen, hohe Investitionsquote. – Beginnen wir bei der Investitionsquote. Wer Sie und Ihre PR-Shows kennt, weiß Bescheid. Wenn dort steht "hohe Investitionsquote", nicht "höchste Investitionsquote", nicht "beste", nicht "schon immer" oder "auf der Welt" und "im Universum",

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In der ganzen Welt!)

dann ist an dieser Stelle irgendetwas faul. Schauen wir uns darum die Investitionsquoten der letzten Jahre an. Im Jahr 2015 waren es 11,8 %. Dieses Jahr sind es 11,7 %. Nächstes Jahr sind es wieder 11,8 %. Übernächstes Jahr sind es 11,5 %. Das bedeutet einen Rückfall vor das Jahr 2015. Herr Minister, wenn Sie dann darauf stolz sind, groß auszuteilen und von hoher Investitionsquote sprechen, sollten Sie sich ein ganz klein bisschen schämen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, dass Sie während der Haushaltsberatungen dem einen oder anderen Antrag von uns zu Investitionen zustimmen. Dann wird die Investitionsquote zunehmen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie ist denn die Lage in Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege? Wie ist es dort, wo Sie regieren?)

Herr Kreuzer: Erstens sind wir in Bayern.

(Peter Winter (CSU): Gott sei Dank!)

Zweitens, Herr Kreuzer: Als jemand, der mitverantwortlich dafür ist, dass in den Haushalten der letzten Jahre ein Stellenabbau stattgefunden hat und Einsparungen im Polizeibereich und im Schulbereich vorgenommen wurden, der mitverantwortlich dafür ist,

dass der Haushalt den Breitbandausbau nicht abgebildet hat, der mitverantwortlich dafür ist, dass der Haushalt ein Milliardenesaster in der Landesbank zu verarbeiten hat, der zugeschaut hat bei dem, was Ihr damaliger Ministerpräsident Stoiber und Ihre Minister und Ihre Staatssekretäre im Verwaltungsrat der Landesbank angerichtet haben,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie reden von Nordrhein-Westfalen!)

Herr Kollege, wäre ich ganz ruhig und ein ganz klein bisschen demütig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das einzige Thema, das Sie seit Jahren haben! – Beifall bei der SPD)

Da würde ich nicht auf Nordrhein-Westfalen verweisen, sondern vor meiner eigenen Türe kehren und schauen, dass mein Haushalt ordentlich aufgestellt ist, anstatt dazwischenzuquatschen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben bloß ein Thema! Billig, billig, Herr Güller!)

– Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich komme zum Thema Schuldenabbau. Schauen wir uns das an. Sie tilgen – das ist richtig und gut – nächstes und übernächstes Jahr jeweils 500 Millionen Euro aus dem Stabilisierungsfonds Finanzmarkt. Sie sind stolz auf einen Haupthaushalt ohne die Nebenhaushalte zu beachten, einen ausgeglichenen Haushalt im 13. Jahr. Sie sagen kein Wort über die Rücklagen. Wir hatten im Haushalt 2015 6,1 Milliarden Euro an Rücklagen.

(Josef Zellmeier (CSU): Welche Lücke hat Nordrhein-Westfalen? – Thomas Kreuzer (CSU): Wie ist es in Nordrhein-Westfalen, Herr Güller? – Isabell Zacharias (SPD): Wir sind in Bayern, Herr Kreuzer!)

Wir haben am Ende des Doppelhaushaltes noch 1,5 Milliarden Euro an Rücklagen.

(Isabell Zacharias (SPD): Genau!)

Sie können Nordrhein-Westfalen bringen, und Sie können noch dreimal dazwischenquatschen. Herr Kreuzer, ich sage es Ihnen dann zum vierten Mal: Von jemandem, der Mitverantwortung für das Landesbankdesaster trägt, lassen wir uns nicht sagen, wie man einen Haushalt aufzustellen hat. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Heiligs Blechle! Das heißt, Sie entnehmen Geld aus der Rücklage. Dieser Staatshaushalt hat Ende 2018 valutierte Schulden in Höhe von 24 Milliarden Euro. Wie wollen Sie diese 24 Milliarden Euro tilgen, wenn Sie nicht zwei Wetten eingehen? Die erste Wette ist diejenige auf den Länderfinanzausgleich, den Sie auf die lange Bank geschoben haben, indem Sie ständig Klagedrohungen vorgebracht haben, anstatt zu verhandeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich komme zu der zweiten Wette. Wie wollen Sie die Schulden im Haushalt ohne eine Niedrigzinspolitik der EZB tilgen? Der größte Profiteur der Niedrigzinspolitik der EZB sind die Staatshaushalte und insbesondere auch der bayerische Staatshaushalt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Peter Winter (CSU): Nein! – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist in Nordrhein-Westfalen, Herr Güller! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Am meisten profitieren! Selbst Geld einstecken!)

Sie geben hier den ganzen Tag den großen Retter der kleinen Leute, hetzen gegen die EZB und stecken dann klammheimlich das Geld ein, um den Haushalt zu sanieren. Sie sollten sich ehrlicherweise für eine der beiden Argumentationen entscheiden, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bravo!)

Ich darf zum Abschluss kommen. Wir als SPD legen Anträge vor, die Investitionen in Wohnbau, zukunftsfähige Infrastruktur, zukunftsfähige Verkehrs- und Kommunikations-

wege und in die innere Sicherheit garantieren. Wir geben viele Impulse für ein zukunftsfähiges Bayern auch in 15 und 20 Jahren. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in den kommenden Haushaltsberatungen konstruktiv über diese Themen reden. Wir können natürlich nicht alles in einem Doppelhaushalt und in zwei Jahren erledigen. Aber wir können die Weichen endlich richtig stellen. Wir können den Stillstand und das reine Reagieren auf Anforderungen von außen schnell beenden. Wir können wieder aktive Politik betreiben. Kolleginnen und Kollegen der CSU, dazu muss aber eine Bereitschaft Ihrerseits bestehen. Nicht nur Showveranstaltungen, nicht nur Schlagworte,

(Beifall bei der SPD)

es bedarf konkreter Diskussionen über die einzelnen Anträge. Gehen Sie auch auf die Belange der Menschen ein, die sich in zahlreichen Eingaben, Gesprächen und Briefen an uns wenden. Wischen Sie diese nicht vom Tisch. Folgen Sie außerdem einer Vielzahl der Anträge der Sozialdemokratie. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Als nächsten Redner bitte ich Herrn Kollegen Winter zum Rednerpult.

**Peter Winter (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Harald Güller, ich hatte gedacht, der neue finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion werde wahre neue Akzente setzen. Ich habe aber festgestellt, dass deine Rede ein Zusammenschnitt der letzten Reden des Kollegen Halbleib war. Etwas wirklich Neues ist heute leider nicht zutage getreten.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Die SPD stellt – Gott sei Dank! – den Haushalt in Bayern nicht auf.

(Zuruf von der SPD: Noch nicht!)

Damit würden nämlich die Weichen in Richtung Schuldenstaat gestellt. Ich habe die jüngsten Haushaltsforderungen der SPD zusammengerechnet. Wenn wir dem zustimmen, dann hätten wir Zustände wie in Nordrhein-Westfalen oder in Bremen. Bremen ist insoweit ja noch ein Stück weit "besser" als Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Das sagen die größten Schuldenmacher! Landesbank!)

Jetzt fällt mir der Satz ein: An der Zahl unserer Neider erkennen wir die Qualität unserer Arbeit. – Nach dieser Rede bin ich fest davon überzeugt, dass wir an unserem finanzpolitischen Weg festhalten sollten. Sonst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es hier mit Zwischenrufen wie "Es geht uns in Bayern gut!" schnell vorbei.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir könnten vielleicht noch einmal den Versuch unternehmen, mit Frau Hendricks in Berlin darüber zu reden, ob steuerpolitische Maßnahmen nicht doch endlich auf den Weg gebracht werden können, damit im Wohnungsbau etwas passiert. Das blockieren Sie doch!

(Florian von Brunn (SPD): Informieren Sie sich bitte, statt so einen Unsinn zu erzählen!)

Sprechen Sie doch einmal mit den Leuten in Berlin! Wir stellen in unserem Haushalt die Weichen für den sozialen Wohnungsbau und den Wohnungsbau für unsere Staatsbediensteten.

Unser Finanzminister hat dem Hohen Haus einen exzellenten Regierungsentwurf eines Doppelhaushalts 2017/2018 vorgelegt. Eine jung gebliebene, dynamische, 70 Jahre junge CSU-Fraktion hat sich fordernd und kreativ eingebracht. Viele unserer Initiativen sind darin festgeschrieben und zeigen Wirkung.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 sind positiv. Unser Dank gilt vor allem unseren tüchtigen Bayern, ohne die das nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2015 durch ein solides, stetiges Wirtschaftswachstum geprägt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,7 %. Bayern wies im vergangenen Jahr mit 2,1 % erneut ein überdurchschnittliches reales Wirtschaftswachstum auf. Der konjunkturelle Aufschwung geht weiter. Seit dem Jahr 2010 sind die jährlichen Wachstumszahlen positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt hat seitdem in Bayern um insgesamt 12,3 % zugenommen. Damit liegt Bayern in der längerfristigen Betrachtung an der Spitze aller Bundesländer. Es wäre schön, wenn alle dies zur Kenntnis nehmen würden.

Auch der bayerische Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2015 in herausragender Form. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 5,2 Millionen so hoch wie nie zuvor. Die Arbeitslosenquote in Bayern lag im Durchschnitt des Jahres 2015 bei nur 3,6 %. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 waren es durchschnittlich 3,8 %. Das ist der niedrigste Wert seit der Jahrtausendwende. Damit hat Bayern noch vor Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Ich erinnere daran, dass der Bundesdurchschnitt bei 6 % liegt.

Besonders erfreulich ist, dass sich die Arbeitsmarktsituationen in den sieben bayerischen Regierungsbezirken in den vergangenen Jahren weiter angeglichen haben. So betrug die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Jahr 2015 nur noch 1,2 Prozentpunkte. Auch das gehört zur Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen – für September – bestätigen diese Entwicklung. Bayern liegt mit 3,4 % deutlich vor allen anderen Bundesländern. Die Bandbreite zwischen den bayerischen Regierungsbezirken liegt bei nur noch 1,1 Prozentpunkten. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre wurden in Bayern eine Million neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der Arbeitslosen um fast

39 % reduziert. Die Arbeitslosenquote sank von 6,1 % im September 2006 auf 3,4 % im September 2016. Diese mehr als erfreulichen Zahlen belegen: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Bayern sind absolute Spitze in Deutschland.

Auch die Quote der erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher im Verhältnis zur Zahl der Einwohner unter 65 Jahren ist in Bayern mit 3,6 % die niedrigste im Vergleich aller Bundesländer; der Durchschnitt liegt nämlich bei 7,9 %.

Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung leben in Bayern bundesweit die wenigsten Kinder in Armut; wir haben vorhin über das Thema debattiert. Ich war vor Kurzem in Nordrhein-Westfalen. Dort habe ich den Slogan gehört: "Hannelore lässt die Kinder zurück!" Im Umkehrschluss sage ich: "Horst nimmt sie mit!"

(Beifall bei der CSU)

Auch im Hinblick auf die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse ist Bayern laut einer aktuellen PwC-Studie bestens aufgestellt. Darin heißt es: "Bayern führt weiterhin mit Abstand die Nachhaltigkeitsrangliste an ..." Bremen dagegen nimmt erneut, ebenfalls mit großem Abstand, die Schlussposition ein.

Auch die Ratingagenturen haben im Juli 2016 die bayerische Haushaltspolitik mit ihren jeweils besten Bewertungen ausgezeichnet. Damit hat der Freistaat Bayern bei beiden großen Ratingagenturen, Moody's und Standard & Poor's, das Spitzenrating mit stabilem Ausblick. Die Bewertung wird begründet mit dem klugen Haushaltsmanagement, dem vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, der starken Wirtschaftskraft und der anhaltenden Fähigkeit des Freistaates Bayern, seine Schulden zurückzuführen. All diese Zahlen und Bewertungen zeigen: Bayern ist für seine Bürgerinnen und Bürger – wir erleben es an den Zuzugszahlen – ein Platz an der Sonne.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Wir, die CSU-Landtagsfraktion, werden gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung dafür sorgen, dass es so bleibt.

Bereits im Mai 2016 haben wir die finanzpolitischen Leitlinien für den Doppelhaushalt 2017/2018 mit der Staatsregierung vereinbart, um den bayerischen Spitzenplatz weiter zu festigen. So haben wir das Ausgabenwachstum auf 3 % pro Jahr begrenzt. Ohne die zunehmend unverhältnismäßigen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich – auch darüber haben wir debattiert – läge der Jahresdurchschnitt im Regierungsentwurf bei rund 2,5 %. Alle anderen Zahlen, über die hier spekuliert wird, stimmen nicht.

Wir halten die Personalausgabenquote stabil, bei rund 38,6 % im Jahr 2017 und 39,1 % im Jahr 2018.

Wichtig ist daneben vor allem, dass wir trotz der Herausforderungen im Asylbereich keine neuen Schulden machen und unseren Schuldenabbau mit insgesamt einer Milliarde Euro konsequent fortsetzen.

Und was sagen zum Beispiel die GRÜNEN zur Vereinbarung der finanzpolitischen Leitlinien? – Liebe Frau Stamm, Sie fordern eine Kurskorrektur und singen das alte Lied der angeblichen Unterfinanzierung des Bildungssystems, des angeblich zu langsam wachsenden Ganztagsangebotes und des nach Ihrer Ansicht mangelnden Unterhalts staatlicher Gebäude und der Infrastruktur. Auch die Vorsorge für die steigenden Pensionsausgaben sei, so die Pressemitteilung der GRÜNEN vom 11. Mai 2016, gestrichen worden. Dazu ein paar Anmerkungen: Die Oppositionsparteien werden heute wiederum, wie sie das bei allen Debatten tun, vieles schlechtreden. Dazu werden auch alte Schreckgespenster, zum Beispiel das Thema versteckte Schulden, an die Wand gemalt. Hier ist ein Blick auf die Seite 353 im Einzelplan 13 des Regierungsentwurfs hilfreich. Dort finden Sie den voraussichtlichen Stand des Bayerischen Pensionsfonds zum Ende des Haushaltsjahres 2018. Er liegt bei rund 2,9 Milliarden Euro. Von wegen "gestrichen".

Wir werden weiterhin Jahr für Jahr dem Pensionsfonds 100 Millionen Euro zuführen. In diesem Zusammenhang darf auch die Schuldentilgung als zweite Säule unserer Vorsorge für künftige Pensionsaufwendungen nicht vergessen werden. Von 2012 bis

2018 werden wir insgesamt rund 4,6 Milliarden Euro im Interesse künftiger Generationen und zur Stärkung der Pensionsvorsorge tilgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das verstehen wir unter nachhaltiger Haushaltspolitik.

Wir werden in den nächsten Wochen intensiv über die neuen Vorschläge diskutieren. Ich bin schon auf Ihre Vorschläge gespannt, wie Sie zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Ich gebe gerne zu: Auch wir würden gerne da oder dort noch mehr tun. Wir brauchen dazu eine insgesamt deutlichere Entlastung beim Länderfinanzausgleich. Ich wünsche unserem Ministerpräsidenten in Berlin viel Glück, dass er das im Interesse Bayerns erreicht. Wir könnten dann den Schuldenabbau weiter beschleunigen und hätten eine noch bessere Pensionsvorsorge durch noch weniger Schuldzinsen.

Die Zinsausgabenquote wird im Haushaltsjahr 2018 auf nur noch 1,2 % sinken. Das ist sensationell. Wir geben somit einen immer geringeren Teil der Gesamtausgaben für Schuldzinsen aus. Das Beste daran ist, dass dies längerfristig und auf Dauer wirken wird.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Güller, Sie fordern regelmäßig mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder für Bayern. Mir stellt sich dabei folgende Frage: Wenn wir offenbar zu geringe Steuereinnahmen in Bayern haben, warum steigt dann Jahr für Jahr der Betrag, den Bayern in den Länderfinanzausgleich zahlen muss? Da kann doch etwas nicht stimmen. Sie wissen doch, dass dieser Betrag mit der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen in Bayern und der Entwicklung der Steuereinnahmen in den anderen Bundesländern zusammenhängt. Darunter sind auch Länder, in denen Sie die Verantwortung tragen.

Die Wahrheit lautet: Selbst in Zeiten, in denen unsere hervorragende bayerische Finanzverwaltung Jahr für Jahr neue Rekordsteuereinnahmen erzielt, kann es der SPD nie genug sein. Das ist die sozialdemokratische Haltung: Wir brauchen in jedem Fall

noch mehr Steuereinnahmen, egal, wie hoch die Steuereinnahmen sind. Dabei übersehen Sie leider, dass es in erster Linie darauf ankommt, mit dem vorhandenen Geld gut und klug auszukommen. Wir setzen klare Schwerpunkte und behalten mit diesem Doppelhaushalt 2017/2018 unseren finanzpolitischen Kurs im ureigensten Interesse Bayerns bei. Um diesen Kurs beneiden uns viele. Aus manchen Reden der Opposition höre ich heraus, dass das auch bei Ihnen der Fall ist.

Wir unterscheiden uns hier deutlich, um ein Beispiel zu bringen, von Ministerpräsidentin Kraft aus Nordrhein-Westfalen, die der SPD angehört.

(Doris Rauscher (SPD): Gut, dass wir die haben!)

– Ja, gut, dass wir die haben. Mit diesem Beispiel kann ich Ihnen vorführen, wie Sie in Ihren Ländern Finanzpolitik betreiben. Gott sei Dank können wir anhand von Beispielen belegen, wie gut wir sind.

Aufgrund unserer soliden Haushaltspolitik bleibt Bayern das Land mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung. Zum Jahresende 2015 lag die Verschuldung in Bayern bei einem Betrag von 2.317 Euro pro Einwohner. Zum Vergleich: Die Verschuldung der übrigen westlichen Flächenländer ist mit 8.637 Euro pro Person mehr als dreimal so hoch. Selbst das Land Baden-Württemberg, das auf Platz zwei der Flächenländer West liegt, hat mit 5.055 Euro eine mehr als doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Durch den weiteren Abbau unserer Staatsschulden werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter reduzieren und damit unseren Gestaltungsvorsprung noch weiter vergrößern.

Unsere Zinsausgaben sinken, auch dank des Schuldenabbaus, von derzeit rund 838 Millionen Euro auf rund 684 Millionen Euro im Jahr 2018.

Wir alle können uns noch an die schwierigen Beratungen über den Nachtragshaushalt 2016 erinnern. Das war eine große Kraftanstrengung. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen stiegen die Ausgaben für Zuwanderung und Integration von rund 1,2 Milli-

arden Euro im Jahr 2015 auf rund 3,3 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt 2016. Das ist fast das Dreifache.

Zwischenzeitlich sind die Zugangszahlen nach Deutschland durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch die Schließung der Balkanroute, zurückgegangen. Auf dieser Grundlage liegen die Ausgaben für Asyl und Integration im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts immer noch bei rund 2,4 Milliarden Euro für das Jahr 2017 und bei rund 2,2 Milliarden Euro für das Jahr 2018. Damit stellen wir innerhalb von vier Jahren über 9 Milliarden Euro für die Folgen der Flüchtlingspolitik zur Verfügung. Das muss man immer wieder in Erinnerung rufen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gelebte Humanität und Mitmenschlichkeit. Wir brauchen da keine Nachhilfe, von wem auch immer.

(Beifall bei der CSU – Gisela Sengl (GRÜNE): Sie haben die Nachhilfe der Kirche gebraucht!)

– Ich habe gesagt "von niemandem", auch nicht von Ihnen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ich habe gesagt: von der Kirche!)

– Und ich habe gesagt: "von niemandem, auch nicht von Ihnen". – Der Bund beteiligt sich jetzt endlich mit einem Drittel an den Kosten, nämlich mit 729 Millionen Euro im Jahr 2017 und mit 658 Millionen Euro im Jahr 2018. Aber die Zahlen verdeutlichen, dass auch ein starkes Land wie Bayern diese Ausgaben langfristig nicht schultern kann. Im Regierungsentwurf steigen die bereinigten Gesamtausgaben auf rund 57,9 Milliarden Euro im Jahr 2017 und auf rund 59,3 Milliarden Euro im Jahr 2018. Die Steigerung im Jahr 2017 beträgt gegenüber dem Vorjahr ohne die Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich rund 2,7 % und im Jahr 2018 2,2 %. Durch diesen begrenzten Anstieg stellen wir sicher, dass sich der Staatshaushalt im Rahmen des Wirtschaftswachstums bewegt.

Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und können neben den notwendigen Ausgaben für das Thema Asyl auch in die wichtigen Zukunftsfelder innere Sicherheit, Bildung, Familien, Digitalisierung und Infrastruktur zum Wohle der Menschen Bayerns investieren.

Die schrecklichen Geschehnisse in Würzburg, München und Ansbach sind ein Angriff auf unsere Sicherheit und auf unsere Freiheit. Würzburg und Ansbach haben uns gezeigt: Der islamistische Terror ist leider auch in Bayern angekommen. Wir müssen auf die Terrorgefahr, die organisierte Kriminalität, die Internet- und die Computerkriminalität regieren. Daher ist die weitere Stärkung der inneren Sicherheit ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Wir wollen in den Jahren 2017 bis 2020 in jedem Jahr zusätzlich 500 Polizistinnen und Polizisten einstellen. Insgesamt sind dies also 2.000 neue Polizeistellen für mehr Präsenz und Sicherheit.

Daneben werden wir die größte Modernisierungsoffensive für unsere bayerische Polizei auf den Weg bringen. Allein die Sachmittel der Polizei, mit denen die Polizeiausstattung kontinuierlich weiter verbessert wird, sollen im Doppelhaushalt um 182 Millionen Euro auf insgesamt über 800 Millionen Euro steigen. Damit rüsten wir unsere Polizei mit modernen Dienstwaffen, ballistischen Helmen, neuartigen Schutzwesten und gepanzerten Fahrzeugen aus.

Neben den neuen Stellen bei der Polizei werden wir auch für eine schnelle Rechtsprechung und einen konsequenten Strafvollzug 250 zusätzliche Stellen in der Justiz schaffen.

Wir sorgen damit für mehr Schutz und stärken unseren Rechtsstaat in seiner Wehrhaftigkeit. Insgesamt starten wir damit die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte Bayerns; denn unsere Freiheit braucht vor allem auch Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Besonders wichtig ist uns, dass dieser Regierungsentwurf nicht nur bei den wichtigen Themen Zuwanderung und innere Sicherheit die notwendigen Antworten gibt, sondern auch unsere einheimische Bevölkerung unterstützt.

Ein zentraler Schwerpunkt des kommenden Doppelhaushalts liegt daher auch wieder auf der Bildung. Die demografische Rendite von 1.243 Stellen bleibt vollständig im Schulbereich, insbesondere für die Umsetzung der Ganztagsgarantie, die Grundschulgarantie und die Inklusion. Zudem sind von den insgesamt 3.165 zusätzlichen Planstellen und unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten im Regierungsentwurf allein 1.305 Stellen im Bereich Bildung vorgesehen.

Die Bildungsausgaben steigen von rund 18,4 Milliarden Euro in 2016 auf circa 18,9 Milliarden Euro in 2017 und rund 19,4 Milliarden Euro in 2018. Mit diesen zusätzlichen Mitteln stärken wir weiter die Ganztagsangebote für unsere Schülerinnen und Schüler. Angesichts dieser zusätzlichen Bildungsmilliarde von einer Unterfinanzierung des bayerischen Bildungssystems zu sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mehr als realitätsfern.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben jeden dritten Euro für unsere Talente von morgen aus. Wir geben unseren Kindern eine Zukunft.

Familien und Kinder sind die Basis für unsere Gesellschaft. Darum tun wir viel, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern weiter zu verbessern und möglichst allen Familienmodellen gerecht zu werden. Und das kündige ich jetzt schon an: Daran werden wir auch nicht rütteln lassen, auch nicht in den Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, für die Beitragsentlastung der Eltern und den Krippenausbau von rund 1,8 Milliarden Euro in 2016 auf 1,9 Milliarden Euro in 2017 und rund 2 Milliarden Euro in 2018.

Für das bayerische Betreuungsgeld sind im Doppelhaushalt insgesamt 450 Millionen Euro eingeplant und für das Landeserziehungsgeld 161 Millionen Euro.

Mit der Erhöhung der Mittel in 2018 um 19 Millionen Euro können wir bereits in dieser Legislaturperiode eine Anhebung der Einkommensgrenzen für ab dem 1. Januar 2017 geborene Kinder finanzieren. Damit belaufen sich die Ausgaben für Familien und Kinder im neuen Doppelhaushalt auf sage und schreibe rund 4,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Wunderbar!)

Die aktuell steigenden Geburtenraten sind ein wichtiges Signal für die Zukunft unseres Landes.

Wir verbessern die Infrastruktur in Bayern mit insgesamt 82 Millionen Euro zusätzlich für den Straßenbau und insgesamt 88 Millionen Euro für die Städtebauförderung. Darauf haben wir als CSU-Landtagsfraktion bei der Haushaltsaufstellung besonderen Wert gelegt. Im Regierungsentwurf stehen damit insgesamt 540 Millionen Euro für Investitionen in unsere Staatsstraßen zur Verfügung sowie insgesamt 349 Millionen Euro für die Straßenplanung.

In der Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung wollen wir den Bewilligungsrahmen auch mithilfe von Bundesmitteln um 66 Millionen Euro auf rund 468 Millionen Euro aufstocken, lieber Herr Kollege Güller.

Wir helfen auch unseren Kommunen bei der Behebung von Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsräumen in Bayern; denn wir führen das im Jahr 2016 aufgelegte kommunale Wohnraumförderprogramm mit unverändertem Bewilligungsrahmen von jährlich 150 Millionen Euro fort.

Wir helfen aber auch unseren Staatsbediensteten bei der schwierigen Suche nach bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsräumen. Da kann ich schon mal feststellen: Das tun wir gemeinsam im Haushaltsausschuss. Mit dem im Oktober 2015 beschlossenen Maßnahmenpaket zum Wohnungsbau in Bayern werden 1.000 Wohnungen in Mün-

chen durch die Stadibau auf den Weg gebracht. Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2016 wurden die ersten Schritte zur Umsetzung des Bauprogramms eingeleitet, insbesondere durch die Veranschlagung von Förderdarlehen. Die Ausgabemittel betragen 20 Millionen Euro. Der Betrag aus Verpflichtungsermächtigungen beläuft sich auf 80 Millionen Euro.

Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 werden die Ausgabemittel mit jährlich 20 Millionen Euro fortgeführt. Zudem sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen Euro in 2017 und zusätzlich 30 Millionen Euro in 2018 vorgesehen. Die Stadibau arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Planung und Umsetzung.

Wir bauen voraussichtlich im Jahr 2017 im Prinz-Eugen-Park, in der Erzgießereistraße sowie in der Linprunstraße, außerdem in der Soyerhofstraße und in Freiham. Das ist ein kraftvolles Paket vor allem für die Landeshauptstadt München. Deshalb vertrauen wir darauf, dass sie uns auch beim notwendigen Baurecht unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Im neuen Doppelhaushalt stehen damit insgesamt rund 870 Millionen Euro zur Verfügung, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern.

Wir werden auch neue Anreize für die ökologische Landwirtschaft setzen. Für Neuantragstellungen im Kulap, unserem Kulturlandschaftsprogramm, sind insgesamt rund 69 Millionen Euro vorgesehen. Die Kulap-Ausgaben steigen im Regierungsentwurf damit um rund 133 Millionen Euro auf 523 Millionen Euro; das sind 34,1 %. Damit können wir besonders umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren weiterhin besser fördern.

Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen wollen wir die Ansätze für die Dorferneuerung auf jährlich 61,9 Millionen Euro erhöhen. Damit verbessern wir kontinuierlich die Lebensqualität in den ländlichen Räumen. Im Rahmen der Haushaltsberatung

gen werden wir prüfen, ob wir für die Dorferneuerung weitere Mittel zur Verfügung stellen können.

Wir wollen die Arbeitsplätze der digitalen Revolution in Bayern haben. Deshalb wollen wir in den kommenden beiden Jahren erneut 2,5 Milliarden Euro in "Bayern digital" investieren und damit den weiteren Breitbandausbau für den digitalen Aufbruch in Unternehmen, Schulen und Hochschulen fördern. So machen wir Bayern fit für die Herausforderungen der digitalen Zukunft.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2017 stärken wir wie in der Vergangenheit unsere Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist bereits 2014 auf die Rekordsumme von knapp über 8 Milliarden Euro gestiegen. Im Jahr 2017 nähern wir uns mit insgesamt rund 8,82 Milliarden Euro bereits der 9-Milliarden-Euro-Marke. Der Regierungsentwurf sieht einen Anstieg um rund 260 Millionen Euro gegenüber 2016 vor; das entspricht einer Steigerung von 3 %.

(Beifall bei der CSU)

Die reinen Landesleistungen steigen um rund 249 Millionen Euro auf rund 8,32 Milliarden Euro. Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs können nach der Steuer-schätzung noch erfolgen, was unseren Kommunen ebenfalls zugutekommt.

Beim Ländervergleich der Steuerverbundquote wird gerne übersehen, dass sich die Leistungen des Freistaats Bayern an seine Kommunen keineswegs im kommunalen Finanzausgleich erschöpfen, sondern weit darüber hinausgehen. Dazu gehört insbesondere die Förderung der Breitbanderschließung und der Kinderbetreuung. Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich steigen diese Leistungen insgesamt auf rund 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2016; das sind rund 26 % unserer Gesamtausgaben. Das heißt, jeder vierte Euro geht an unsere Städte, Märkte und Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das ist auch gut so!)

Auch im bundesweiten Vergleich stehen die bayerischen Kommunen gut da. Die Bertelsmann Stiftung kommt in ihrer letzten Untersuchung über die Kommunalfinanzen in Deutschland zu dem Schluss: "In keinem anderen Bundesland nahmen die Kommunalhaushalte eine vergleichbar positive Entwicklung."

Zum Schluss möchte ich den Blick auf die Beratungen im Haushaltsausschuss richten. In der kommenden Woche, am 19. Oktober, werden wir dort mit den Beratungen beginnen. Ich bin, unter uns gesagt, bereits jetzt darauf gespannt, welche Fraktionen der Opposition dieses Mal den Rekord bei den Mehrforderungen zum Doppelhaushalt aufstellen.

Die Messlatte wurde beim letzten Mal hoch gelegt. So hatten beispielsweise die FREIEN WÄHLER in ihren Anträgen zum Doppelhaushalt 2015/2016 Mehrausgaben von insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro gefordert, und zwar ohne ein Wort zur Gegenfinanzierung zu verlieren oder einen vernünftigen Vorschlag zu machen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Das ist die nachhaltige Haushaltspolitik der FREIEN WÄHLER. Dazu passt auch ihr Steuerkonzept, das ich nicht in Bausch und Bogen verdammen will. Wenn man jedoch auf der einen Seite Steuern, Pauschalen und Freibeträge senken will, auf der anderen Seite aber Milliarden Euro an Mehrausgaben stehen hat, dann soll mir doch mal einer sagen, wie er das unter einen Hut bringen will. Darauf bin ich ganz besonders gespannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, jetzt mal im Ernst.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): War das bis jetzt alles nicht ernst?)

Sie können es mir ruhig abnehmen: Wir pflegen – das will ich auch einmal herausstellen – bei allen Diskussionen im Haushaltsausschuss ein durchaus gutes Miteinander. Auch wir würden hier und dort gerne noch eine Schippe drauflegen; wir sind uns aber

vor allem unserer Verantwortung gegenüber dem bayerischen Steuerzahler und auch gegenüber den uns nachfolgenden Generationen bewusst.

(Beifall bei der CSU)

Genau deswegen geben wir schon seit vielen Jahren, seit 13 Jahren, um es genau zu sagen, nur das aus, was wir zuvor auch erwirtschaftet haben. Wir haben auch die Rücklagen erwirtschaftet, auf die man in schwierigen Zeiten bei unvorhersehbaren Ausgabenmehrungen zurückgreifen kann. Diese Rücklagen sind nicht auf den Bäumen gewachsen, sondern die haben wir in guter, vorausschauender Weise geschaffen, damit sie uns in schwierigen Zeiten zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Schuldenausbau, den wir auch weiterhin konsequent betreiben werden – –

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schuldenausbau?)

– Mit dem Schuldenabbau natürlich. Entschuldigung! – Herr Gehring, ich danke Ihnen; Sie passen wenigstens auf. – Mit dem Schuldenabbau gehen wir sogar noch einen Schritt weiter. Wir geben unseren Kindern mehr Gestaltungsspielraum und haben weniger Altlasten. Ich betone es noch einmal: Das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe daher eine Bitte: Nörgeln Sie nicht, und stimmen Sie diesem exzellenten Doppelhaushalt zu.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

**Peter Winter (CSU):** Wie schön!

**Claudia Stamm (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrter Herr Winter, das war ja durchaus ein Lob, als Sie auf das gute Miteinander hingewiesen haben. Zu Recht haben Sie die GRÜNEN im Zusammenhang mit den Mehrausgaben nicht genannt; denn unsere Anträge sind gegengerechnet.

Auch wir wünschen dem Herrn Ministerpräsidenten alles Gute für die anstehenden Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich. Es ist jetzt wirklich an der Zeit, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich zurückzuziehen; denn sie ist so etwas von unsinnig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich gemeldet, als Sie sich über den Pensionsfonds ausgelassen und mich dabei namentlich erwähnt haben. Sie müssen doch zugeben, dass auch die Staatsregierung und die CSU-Fraktion inzwischen die Unsinnigkeit eingesehen haben: Erst wird 2008 endlich ein Gesetz zur Vorsorge für Beamtinnen und Beamten geschaffen, und sechs Jahre später wird es schon wieder eingestampft.

Wir haben hier eine konservative Rechnung aufgestellt. Genau kann man das Ganze aber gar nicht errechnen, weil nämlich, wie auch Ihnen bekannt ist, die Verwaltung mehrfach gesagt hat: Wir wissen gar nicht, für wie viele neu eingestellte Beamte und Beamtinnen welche Summe in den Fonds zurückgelegt werden müsste.

Da weiß ich noch, dass Ihr Spruch lautete: Eigentlich kann das Ministerium doch besser im Ausschuss – – So ungefähr haben Sie es jedenfalls gesagt. Wörtlich zitiert ist das vielleicht nicht; aber Ihr Grinsen bestätigt meine Vermutung. Das Ministerium kann uns also gar nicht sagen, für wie viele Menschen nach dem alten Gesetz welche Summe zurückgelegt werden müsste. Nichtsdestoweniger haben wir konservativ gerechnet, dass damit eine Unterfinanzierung von 2 Milliarden Euro im Beamtenpensionsfonds vorhanden wäre.

Wenn man von Ihrem derzeitigen Schuldenstand ausgeht und die Unterfinanzierung nur im Beamtenpensionsfonds einrechnet – ich rede da gar nicht von den Straßen und von anderem –, dann kommt man zu einem Schuldenstand in Höhe von 32 Milliarden Euro, noch bevor Sie das Tilgen überhaupt angefangen haben. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Durch die Schuldentilgung werden durchaus Zinsen erspart. Das geben wir zu. Das ist auch in Ordnung. Wenn man dieses Modell wählen will, dann sollte man jedoch ehrlich sein und transparent vorgehen und die Zinsen, die dadurch erspart werden, gefälligst in den Pensionsfonds oder in die Pensionsrücklage stecken und nicht einfach im Haushalt verfrühstückten, so wie es jetzt passiert. Darum meine Aufforderung: Stecken Sie die ersparten Zinsen bitte in die Rücklage.

**Peter Winter (CSU):** Frau Kollegin Stamm, ich sage immer das, was ich für richtig halte. In diesem Fall sage ich: Ein Blick in den Haushalt genügt. Dort sind 2,8 Milliarden Euro für die Pensionsvorsorge ausgewiesen. Wir fahren doppelgleisig; das heißt, mit der Rückführung der Schulden werden die frei werdenden Zinsen für die Pensionsrückstellungen frei.

Ich frage mich: Was gibt es denn dagegen einzuwenden? Das ist ein vorausschauendes Konzept. Darunter verstehen wir eine nachhaltige Haushaltspolitik. Warum Sie immer wieder dieses Beispiel anführen und in Ihrer Pressemitteilung auch noch verlauten lassen, dass die Pensionsvorsorge gestrichen worden sei, das können Sie mir beim besten Willen nicht erklären.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt ein Haushalt mit Rekordeinnahmen. Ich möchte einmal den Vergleich ziehen zu 2008, als wir in den Land-

tag eingezogen sind: Wir haben aktuell 30 % mehr Einnahmen zur Verfügung als seinerzeit 2008. Deswegen richte ich gleich zu Beginn einen herzlichen Dank an die Menschen, die hierfür verantwortlich sind: die Steuerzahler, die Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Menschen, die dafür sorgen, dass wir Geld verteilen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe, das bleibt auch so. Solche Fehler, wie sie sich die Bayerische Staatsregierung geleistet hat, als sie zuschaute, wie das Vorzeigeunternehmen KUKA an die Chinesen ging, sollte man sich nicht häufiger leisten; denn sonst wird es bald vorbei sein mit den Rekordeinnahmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin aber sehr wohl der Meinung, Herr Staatsminister, dass wir jetzt endlich einmal diejenigen entlasten müssten, die Jahr für Jahr mehr Steuern bezahlen und die Jahr für Jahr darunter leiden, dass es über die kalte Progression jedes Jahr zu einer Steuererhöhung kommt.

Herr Kollege Winter, da muss ich Ihre Kritik schon zurückweisen, übrigens auch im Namen von Staatsminister Söder; denn wenn Sie uns hier kritisieren, kritisieren Sie auch ihn. Wir verfolgen hier nämlich die absolut gleichen Ziele.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Ha! Ha! Nehmen Sie sich nicht so wichtig, Herr Kollege!)

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, Sie fragten nach dem Volumen unserer Änderungsvorschläge und nach der Gegenfinanzierung. Hätten Sie beim letzten Mal aufgepasst, dann wüssten Sie, dass wir sehr wohl Vorschläge gemacht haben. Passen Sie deswegen dieses Mal gut auf, damit Sie beim nächsten Doppelhaushalt nicht wieder einen solchen Unsinn über die Vorschläge der FREIEN WÄHLER erzählen.

(Zuruf von der CSU: Das war die Wahrheit!)

Das Volumen der Änderungsanträge für 2017 beträgt 1,5 Milliarden Euro, für 2018 beträgt es 1,7 Milliarden Euro. Die Gegenfinanzierung kann ich Ihnen gleich sagen; sehen Sie einfach in den Haushalt und vor allen Dingen in den Haushaltsvollzug. Der Haushaltsvollzug der Jahre 2010 bis 2014 zeichnete sich dadurch aus, dass er um zwei bis drei Milliarden Euro über dem lag, was veranschlagt war. Das heißt, wenn die Haushalte ehrlich aufgestellt worden wären, hätte man damals schon einen Überschuss gehabt. Zwei bis drei Milliarden Euro Mehreinnahmen, allein das reicht aus, um unsere Änderungsvorschläge mehr als nur zu finanzieren.

(Peter Winter (CSU): Ich hatte nach Einsparvorschlägen gefragt!)

Aber ich habe sehr wohl noch einen weiteren Bereich, die Einsparungen; Sie müssten nur ein wenig geduldiger sein, Herr Kollege Winter. Es gibt einen Einsparungsposten, Herr Staatsminister: den Länderfinanzausgleich. Da müsste man aber endlich liefern, und dafür ist nicht die Opposition verantwortlich, sondern dafür sind die verantwortlich, die an der Regierung sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Klage unterstützt, weil wir der Auffassung sind, dass diese Klage ernst gemeint ist und sie sich dann auch auf eine substantielle Argumentation stützen muss. Wir zahlen 5,4 Milliarden Euro. Wenn das sittenwidrig ist oder über unsere Verhältnisse geht, kann es hier nicht um ein Volumen von 10 % gehen, weil 10 % Rundungsgrößen wären. Wenn der Länderfinanzausgleich verfassungswidrig wäre, dann müssten wir sicherlich das Doppelte von dem zahlen, was gerechtfertigt wäre, und hätten dann ein Einsparvolumen von 2,7 Milliarden Euro. Ansonsten werden Sie eine Klage nicht schlüssig begründen können; denn wegen 500 Millionen Euro hin oder her ist ein Länderfinanzausgleich sicher nicht vom Bundesverfassungsgericht zu korrigieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trauen Sie sich doch, Herr Staatsminister! – Seit wie vielen Jahren sprechen wir über diesen Länderfinanzausgleich? – Trauen Sie sich, seien Sie so kraftvoll, wie Sie es in den Medien und nach außen immer verkörpern, und lösen Sie dieses Problem! Für die weitere Karriereplanung wird das sehr förderlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, richtige Haushaltspolitik heißt richtige Schwerpunktsetzung für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Dafür sind wir angetreten, dafür sind wir hier im Bayerischen Landtag. Ich will Ihnen auch sagen, wo unsere Fraktion die Schwerpunkte setzt.

Der erste und wesentliche Schwerpunkt ist eine Wende zur Stärkung der Kommunen. Wir haben die Kommunalmilliarde versprochen, und wir halten Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen zu stärken heißt auch, deren Finanzkraft zu stärken. Wenn man von Verschuldung spricht, kann man nicht nur den Freistaat als Insel der Seligen preisen, sondern muss die Kommunen in das Gesamtkonstrukt mit hineinnehmen; denn der Freistaat Bayern ist Treuhänder für die Einnahmen der Kommunen, die er im Rahmen des FAG gerecht an die Kommunen zu verteilen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier wollen und müssen wir mehr Schwerpunkte setzen; denn das, was wir hier, in Berlin oder in Brüssel alles an Segnungen, an tollen Programmen beschließen, müssen die Menschen vor Ort, die Ehrenamtlichen, die Vereine, die Verbände in den Kommunen umsetzen. Die Menschen vor Ort gestalten die Zukunft, nicht wir hier im Maximilianeum. Wir setzen nur die Rahmenbedingungen, ausführen müssen das aber die Menschen vor Ort, und dafür benötigen sie Geld und Mittel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist denn Bayern besser als andere Bundesländer? – Das liegt nicht an der Bayerischen Staatsregierung, sondern daran, dass wir in Bayern gewachsene Strukturen und ein gutes Miteinander haben. Wir sind dafür verantwortlich, dass das bestehen bleibt.

Ich will Ihnen das an einem ganz wesentlichen Beispiel darstellen: Die Integration ist für die Kommunen die Herkulesaufgabe schlechthin. Wir haben zwar keine bundespolitische Verantwortung, aber wir müssen uns darum kümmern, dass die Menschen, die nun einmal hier sind, gut aufgenommen und gut betreut sowie Bestandteil unserer Gesellschaft werden. Wo sind denn die großen Verfechter der Leitkultur? – Ich habe nichts gegen diesen Begriff; aber wer vermittelt denn diese Leitkultur? Sie in ein Gesetz zu schreiben ist schön und recht, dann aber zu sagen: "Macht mal!", geht so nicht.

Wir müssen die Leitkultur oder die Grundwerte – egal, wie Sie es nennen – den Menschen vermitteln, damit sie die Chance und die Möglichkeit haben, belebende Elemente unserer Gesellschaft zu werden. Der Ministerpräsident – er ist jetzt nicht da – hat große Pläne, die einen von Berlin nach München und die anderen von München nach Berlin zu schieben. Ich hoffe nur, dass er uns mit Herrn Scheuer verschont; denn ich sage Ihnen eines: Für einen, der im Kirchen- und im Fußballverein ist, brauchen wir nicht viel Geld für Integration. Wenn einer in der Kirche, im Fußballverein ist und dann noch eine gute Arbeit hat, dann ist er für meine Begriffe das Idealbild eines Zuwanderers. Ich sage: Verschonen Sie uns mit Scheuer, sonst wird's teuer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen in der Flüchtlingspolitik das reparieren, was eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit ihrer Flüchtlingspolitik 2015 verursacht hat. Die Kanzlerin hat gesagt: "Wir schaffen das!" Dieser Satz ist falsch. Wir auf der kommunalen Ebene müssen es schaffen. Wir haben uns den Aufgaben zu stellen. Wir können nicht sagen: Das Boot

ist voll, wir haben eine Obergrenze. – Nein, wir müssen uns mit den Themen auseinandersetzen, die uns gestellt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Finanzminister, für den nächsten Doppelhaushalt können Sie segensreich wirken, indem Sie als neuer Bundesinnenminister das BAMF und die Abläufe dort organisieren und dafür sorgen, dass bei jedem Flüchtling tatsächlich sechs Monate nach der Einreise feststeht – –

Wollen Sie eine Zwischenbemerkung machen?

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das machen wir, wenn Sie den Bundesverkehrsminister machen! – Heiterkeit bei der CSU)

Also, dann gehören wir einem gemeinsamen Kabinett an. Das kann durchaus lustig werden, Herr Kollege Söder. Ich freue mich darauf. – Bitte sorgen Sie dafür, dass sechs Monate nach der Einreise feststeht, wer bleiben kann und wer nicht. Sollten Sie nicht Bundesinnenminister sein, sondern Bayerischer Ministerpräsident werden, dann könnten Sie das wiederum Ihrem Bundesinnenminister Seehofer mit auf den Weg geben.

Ich sage Ihnen: In diesem Bereich müssen Sie endlich handeln, statt endlos zu reden. Wer fünf Jahre bellt, wird heiser und nicht mehr gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU hat in der Flüchtlingspolitik gute Arbeit geleistet, aber leider nur im PR-Bereich. Sie haben so viele Säue durchs Dorf getrieben, dass man leider den Überblick verloren und nicht bemerkt hat, dass den Ankündigungen keine Taten folgten. Was ist denn mit der Klage gegen die Bundesregierung wegen der Flüchtlingspolitik? Hat sie sich auf dem Weg nach Karlsruhe verirrt? Wurde sie vielleicht von Kretschmanns Beamten abgefangen? Ich weiß es nicht. Sie haben lange und laut getönt, und noch

heute sagen Sie: Die Flüchtlingspolitik passt nicht. Von der Klage hat man aber nie wieder etwas gehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite Kernforderung betrifft die innere Sicherheit. Hier attestiere ich, dass sich die Staatsregierung bewegt hat. Stoiber hat versucht, die Polizei kaputtzusparen. Was Stoiber betrifft, haben Sie rechtzeitig die Reißleine gezogen. Was den Haushalt betrifft, haben wir die Staatsregierung jetzt endlich nach hartnäckigen Bemühungen – hier danke ich den Kollegen Hanisch und Gottstein im Innenausschuss und den Kollegen Streibl und Meyer im Rechtsausschuss – dazu gebracht, dass im Haushalt genügend Personal berücksichtigt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was allerdings noch fehlt, sind ausreichend Stellen bei den Verwaltungsgerichten zur Bewältigung der Asylverfahren. Es gehört auch zu einer kurzen Verfahrensdauer, dass man ausreichend viele Asylrichter hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sind rentable Investitionen, sowohl im Hinblick auf die Kosten als auch auf die Menschlichkeit. Es ist menschlich, einem Flüchtling nach sechs Monaten zu sagen, ob er bleiben kann oder nicht. Deswegen ist die Investition in mehr Verwaltungsrichter eine richtige Investition.

Ich hatte bereits von der Asylmilliarde gesprochen und komme nochmal darauf zurück. Die Frage ist: Wie gliedert sich diese Asylmilliarde auf? – Für die Jahre 2017 und 2018 werden für die Bezirke jeweils 150 Millionen Euro für die Kosten der Unterbringung unbegleiteter Volljähriger über 18 Jahren veranschlagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Erhöhung der FAG-Mittel: Die FREIEN WÄHLER wollen, dass 15 % der Schlüsselmasse an die Kommunen gehen. Es gilt das Versprechen: Sobald wir an der Regierung beteiligt sind, werden wir das zu einer unverhandelbaren Forderung machen. Aktuell gehen wir schrittweise vor. Momentan gehen 12,75 % an die Kommunen. Für

2017 fordern wir eine Erhöhung auf 13,5 % und für 2018 auf 14,25 %. Nach der nächsten Landtagswahl – wenn wir dann eine Regierungsbeteiligung haben – soll es eine Erhöhung auf 15 % geben. Das bedeutet 242,5 Millionen Euro mehr für 2017 und 522 Millionen Euro für 2018.

Des Weiteren wollen wir für den Bauunterhalt und die Barrierefreiheit jeweils 55 Millionen Euro mehr einstellen. Außerdem wollen wir mehr Mittel einstellen für die Erhöhungen aus den Leistungen aus dem ÖPNV-Gesetz, nämlich jeweils 215 Millionen Euro, für die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen je 70 Millionen Euro, für die Schülerbeförderung je 105 Millionen Euro, für ein Sonderinvestitionsprogramm für kommunale Schwimmbäder je 15 Millionen Euro und schließlich für die Erhöhung des Kfz-Steuerverbundes für den kommunalen Straßenbau je 97 Millionen Euro. Dies bedeutet, Stichwort Kommunalmilliarde, 950 Millionen Euro für 2017 und 1,23 Milliarden Euro für 2018.

Meine Damen und Herren, die Stärkung der Kommunen ist ein Meilenstein und ein wesentlicher Markstein für unsere zentrale Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern, als Edmund Stoiber die Regentschaft führte. Er hat immer gesagt, München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest ist Bayernliga. Das muss umgekehrt werden.

Herr Staatsminister Söder, ich gebe Ihnen recht, die Bayerische Staatsregierung bewegt sich, wenn auch noch zu langsam. Ich darf aber feststellen: Wir haben gut angetrieben, und langsam läuft die Staatsregierung. Aber – wie bereits gesagt – wir müssen noch schneller laufen; denn die Orientierung an gleichwertigen Lebensverhältnissen ist auch ein Garant für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Ich bedanke mich sowohl bei der CSU-Fraktion als auch bei der SPD-Fraktion dafür, dass wir am Ende der letzten Legislaturperiode gemeinsam die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bayerischen Verfassung verankern konnten. Ich erwarte, dass wir diesen Verfassungsgrundsatz auch mit Leben füllen.

Was brauchen wir, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen? – Neben der Stärkung der Kommunen brauchen wir eine Stärkung der Verkehrsinfrastruktur. Hier gebe ich dem Kollegen Güller ausdrücklich recht. Gleichwertige Lebensverhältnisse und eine bessere Lebensqualität der Menschen bedingen nun einmal die Verkehrsinfrastruktur, und zwar sowohl für den Individualverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr und den Fahrradverkehr. Deswegen brauchen wir mehr Geld für den Staatsstraßenbau. Wir brauchen aber auch mehr Personal bei den Staatlichen Bauämtern und bei den Autobahndirektionen, um die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans zügig umzusetzen. Das muss auch eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim nächsten Punkt kann ich mich dem anschließen, was der Kollege Güller gesagt hat. Wir brauchen wesentlich mehr Investitionen in den Wohnungsbau. Hier sind die Investitionen in den letzten Jahren tatsächlich stark gesenkt worden.

Natürlich müssen wir diesen Bereich beleben, und zwar nicht nur wegen der Integration von Neubürgern, sondern auch wegen der einheimischen Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass durch ein Unterangebot an Wohnungen die Preise steigen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, und zwar insbesondere in den Metropolen, aber nicht nur in den Metropolen, sondern in ganz Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich erkennen wir an, dass sich in diesem Bereich etwas getan hat. Aber, Herr Staatsminister Söder, sich selbst zum Gegenstand der Schöpfungsgeschichte zu machen und zu sagen, am Anfang war fast nichts da,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Am Anfang war Söder!)

und nach sieben Tagen ist dann die Welt erschaffen worden,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Durch Söder!)

das ist schon ein bisschen dick aufgetragen. Mit Ihren Parteifreunden waren wir immer sehr kritisch. Aber so herabsetzen muss man die Vorgänger auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir erkennen an, dass am Anfang etwas da war und dass Sie mit unserer Unterstützung mehr daraus gemacht haben. Aber ganz so pathetisch sollten Sie es nicht ausdrücken.

(Zuruf von der CSU: Auf welchem Planeten lebst du? – Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Herr Kollege Freller, Sie gehören auch zu denen, die er gemeint hat. – Die Themen Soziales und Bildung sind natürlich auch wesentliche Eckpfeiler für gelingende Integration. Hier möchte ich zwei Dinge herausgreifen. Das eine ist, wir müssen größere Anstrengungen im Bereich der frühkindlichen Bildung entwickeln. Auch hier hat sich schon etwas getan, aber es ist noch nicht genug. Wir müssen noch besser werden. Wenn wir Fehlentwicklungen in den jungen Jahren vermeiden können, müssen wir in späteren Jahren nicht doppelt oder dreifach für deren Korrektur bezahlen.

Zum anderen möchte ich – leider ist die Staatsministerin Müller nicht mehr da – an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2013 erinnern. Das Jahr 2023 ist nicht mehr allzu fern, und im Jahr 2023 sollte demnach ganz Bayern barrierefrei sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier noch ein paar Schwerpunkte setzen. Barrierefreiheit hat nicht nur etwas mit Behinderung zu tun. Die Barrierefreiheit dient auch Senioren. In einer alternden Gesellschaft müssen Senioren stärker berücksichtigt werden. Dazu gehört ganz zentral die Barrierefreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister, als Nürnberger sind Sie natürlich allkompetent, auch im Bereich der Landwirtschaft. Das Höfesterben in der Stadt Nürnberg ist wahrscheinlich überschaubar. In ganz Bayern ist das Höfesterben ungebremst weitergegangen. Leider befinden wir uns schon auf dem Weg zu Agrarfabriken. Leider sind wir dabei, die kleinbäuerliche Landwirtschaft aufzugeben. Das wollen wir nicht. Wir wollen Lösungen statt warmer Worte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich ist es gut, die Mittel für das Kulap zu erhöhen. Herr Staatsminister, als Unternehmer und wirtschaftsaffiner Mensch sind Sie sicher mit mir einer Meinung, dass eine vernünftige und auskömmliche Bezahlung für die erzeugten Produkte der Schlüssel ist. Die Lösung besteht nicht in der Zahlung irgendwelcher Gelder, die am Ende dazu führen, dass die Kasse doch stimmt. Wir müssen dort ansetzen, wo das Problem liegt. Das sind die Preise, die für die Erzeugnisse bezahlt werden. Dafür brauchen wir eine Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern muss für die Zukunft fit gemacht werden. Unsere Haushaltsanträge tragen dazu bei. Ich freue mich auf gute Haushaltsberatungen. Herr Vorsitzender, ich hoffe, dass die Beratungen den Charakter der Ernsthaftigkeit bewahren.

(Peter Winter (CSU): Das liegt an euch!)

Alle Anträge, egal, von wem sie kommen und ob einem die Farbe passt, sollten ernsthaft und unvoreingenommen diskutiert und abgewogen werden. In der Vergangenheit hat man alles, was von der anderen Seite kam, in Bausch und Bogen verdammt. Wahrscheinlich hat man die Anträge noch nicht einmal gelesen. Als Gipfel des Gan-

zen hat die CSU-Fraktion auf ihre Fraktionsreserve verwiesen. Ich weiß nicht, an welcher Stelle die Reserve in der Verfassung steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man darf noch ein paar Kleinigkeiten hier und da verteilen, damit jeder zufrieden ist. Wenn wir das Budgetrecht des Landtags ernst nehmen, müssen wir diejenigen sein, die unvoreingenommen und sachlich über den Haushalt diskutieren. Den Anträgen, die man für richtig hält, sollte man zustimmen. Die Anträge, die man für falsch hält, sollte man ablehnen. Man sollte nicht wie früher bei der KPdSU als Einheitspartei eine Einheitsmeinung vertreten und einen Einheitshaushalt beschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh! – Kerstin Schreyer (CSU): Das ist unverschämt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tragen Sie dazu bei, einen Haushalt für den Freistaat, für die Kommunen und für die Menschen aufzustellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Claudia Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle hätte ich gerne den Herrn Ministerpräsidenten begrüßt, auch wenn ich weiß, dass er an wichtigen Verhandlungen teilnimmt. Er hat in der letzten Plenarsitzung im Rahmen seiner Regierungserklärung bereits den Haushalt eingebracht, bevor der Haushalt überhaupt diskutiert worden ist. Wir dürfen bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode erleben, dass sich eine Regierungserklärung schon vor der Ersten Lesung im Landtag mit dem Haushalt befasst.

Aber ja, es stimmt: Bayern steht haushalterisch und zahlenmäßig gut da. Sie haben jedoch den Anspruch aufgegeben, den Haushalt zu gestalten. Wahrscheinlich hatten Sie diesen Anspruch noch nie. Warum sage ich das, wenn Bayern so gut dasteht? – Sie können klagen, nochmals klagen oder eine Klage androhen. Sie klagen gegen Koalitionspartner. Verzeihen Sie, aber Politik ist das nicht. Zunächst einmal bedeutet Politik, Konzepte zu erarbeiten und in den Dialog zu treten. Man sollte um die besten Ideen ringen. Ihr Job wäre gewesen, mit Ihren Koalitionären um den richtigen Weg zu ringen. Sie sollten keine öffentlichen Schlachten ausfechten. Vor allem sollten Sie nicht beständig in Karlsruhe klagen oder mit einer Klage drohen.

Als bestes Beispiel eignet sich der Länderfinanzausgleich, über den wir heute schon geredet haben. Diese Klage ist überflüssig, überflüssiger und am überflüssigsten. Es ist nicht glaubwürdig, gleichzeitig zu verhandeln und in Karlsruhe zu klagen. Hoch und runter die gleiche Litanei: Der Länderfinanzausgleich sei ungerecht, Bayern müsse zu viel zahlen. Ja, es stimmt: Auf der Grundlage des geltenden Gesetzes muss Bayern in diesem Doppelhaushalt wieder mehr zahlen. Das Gesetz haben Sie jedoch verhandelt und verabschiedet. Wir sollten wieder mehr Sachlichkeit in die Debatte bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf den Punkt gebracht: Sie wollen offenbar nicht gestalten. Hören Sie endlich auf mit dem Lamentieren. Wir GRÜNE sind auf Ihrer Seite, wenn Sie das System, das von den 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ausgehandelt worden ist, endlich durchbringen. Die Idee ist gut und richtig. Damit würde man sich endlich von der Neiddebatte entfernen, die ständig geführt wird. Auch heute hat der Herr Finanzminister eine Neiddebatte gegen andere Bundesländer geführt. Sie als Mehrheitsfraktion hätten es in der Hand gehabt, früher ein tragfähiges Konzept für einen derzeit unwirksamen Länderfinanzausgleich zu erarbeiten und zu gestalten. Werden Sie endlich vernünftig, und ziehen Sie Ihre Klage zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zwiegespräch des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

– Herr Fackler, ich freue mich, wenn Sie Ihre Gespräche beendet haben. – Sie und andere führende Personen in Ihrer Partei polarisieren anstatt zu gestalten. Das haben wir heute wieder erlebt. Der Herr Finanzminister hat sich öffentlich für den unsäglichen Tweet über Paris entschuldigt. Gleichzeitig steht er hier und verteidigt seinen Tweet. Das kann ich kaum fassen. Selbst Kirchenleute haben ihn in Schutz genommen, weil er sich entschuldigt hat. Nein, es wird wieder gespalten. Bedürftige Menschen werden gegen andere bedürftige Menschen ausgespielt, die Rentnerin gegen den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt ist wie jeder Haushalt zuvor ohne Konzepte und Ideen und will nicht gestalten. Der Haushalt basiert auf einem Gießkannenprinzip: überall ein bisschen mehr. Darf es noch ein bisschen mehr sein? Der Haushalt setzt keine Schwerpunkte und will nicht wirklich gestalten. Es nutzt keinem Kind, wenn Sie eine Transferleistung nach der anderen draufsatteln, sondern unseren Kindern nutzt eine gute vorschulische Bildung. Das zeigen alle Studien. Dies legt den Grundstein für Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Das machen wir in Bayern!)

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, wir schichten die Transferleistungen um. Unsere Vorschläge sind gegenfinanziert. Schichten Sie um, und investieren Sie in die Qualität von Kindertagesstätten! Mit diesem Haushalt steigen wir zum ersten Mal in die Beitragsfreiheit in Kindergärten ein. Dies ist nun finanziell mit diesem Haushaltsvolumen darstellbar. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist jedoch völlig falsch, in das letzte Kindergartenjahr zu investieren. Sie müssten das erste Kindergartenjahr beitragsfrei machen. Dort müssen Sie versuchen, Kinder mit Defiziten in der deutschen Sprache aufzufangen. Das wäre ein Weg in Richtung Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist, dass es in diesem Haushalt nach wie vor heißt: Ideenlosigkeit in Schwarz, nichts Neues auf weiter Flur. Der Haushalt ist wieder mit einem Finanzierungssaldo aufgestellt. Die Einnahmen decken eben nicht die Ausgaben. Das ist vorhin anders gesagt worden. Wiederum schrumpfen die Rücklagen. Schwarz auf weiß heißt es in Ihren offiziellen Angaben, dass die Rücklagen von 6 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 1,5 Milliarden Euro schrumpfen.

Wieder sorgt der Staat nicht genug für die Pensionen seiner Beamtinnen und Beamten vor. Wie absurd das ist, hatten wir vorhin schon kurz in der Diskussion gehört. Schon 2008 haben CSU und Staatsregierung eingesehen: Man muss etwas für die Pensionsvorsorge tun, sonst gibt es einen Riesenberg verdeckter Verschuldung. Es war eigentlich schon viel zu spät. Aber keine sechs Jahre später wird genau dieses System wieder eingestampft, und Sie wollen angeblich bis 2030 alle Schulden tilgen. Dazu Folgendes:

Wenn man so wie Sie die Schulden ohne die Schulden der Landesbank berechnet – Sie rechnen die Schulden der Landesbank gar nicht mit ein – und in Ihrem Tempo tilgt, sind wir trotzdem erst im Jahr 2054, nicht im Jahr 2030 so weit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man die Schulden der Landesbank mit hineinrechnet – das wäre, glaube ich, ziemlich legitim –, dann sind wir bei diesem Tempo im Jahr 2072. Also wird es nichts mit der Schuldentilgung bis 2030.

Wenn man schon Ihren Plan verfolgt, müssten Sie wenigstens die Zinsen, die durch diese Schuldentilgung frei werden, in die Pensionsrücklage stecken, anstatt auch die noch einfach im Haushalt verschwinden zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Haushaltsentwurf will den kommenden Generationen einfach Gestaltungsspielraum lassen, Stichwort Generationengerechtigkeit; denn unseren Kindern einen Staatshaushalt mit dieser Unterfinanzierung für die Zahlung der Pensionen zu hinterlassen, ist einfach nur verantwortungslos.

Sehr geehrte Staatsregierung, wenn wir jetzt die Schulden und das Minus in der Pensionsrücklage nehmen, dann sind wir exakt bei dem Schuldenstand, den wir hatten, als Sie angefangen haben zu tilgen, nämlich bei 32 Milliarden Euro. Und sorry: Dafür wollen Sie sich doch nicht ernsthaft feiern lassen, wenn Sie doch beim gleichen Schuldenstand sind wie damals, als Sie angefangen haben zu tilgen, oder? – Also, Ihr Entwurf zum Staatshaushalt 2017/2018 heißt in Kurzform: volle Kassen, aber keinerlei Wille zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig erleben wir ein Phänomen beim Finanzminister, das wir auch heute wieder gesehen haben, seine Vorgehensweise: einfach mal populistisch platt draufhauen, ohne zu schauen, was die Folgen sind. Wir kennen schon die Schelte auf Mario Draghi, den Chef der Europäischen Zentralbank, die es auch heute wieder gegeben hat: heftig draufhauen; er geht ans Sparbuch der armen Frau, er geht an das Konstrukt der Sparkassen. – Das mag ja alles stimmen, aber gleichzeitig verschweigt der Finanzminister, dass er von genau dieser Zinspolitik profitiert, und zwar nicht wenig.

(Peter Winter (CSU): Was soll denn das? – Hans Herold (CSU): Keine Ahnung, die Frau!)

Das heißt: Im Jahr 2008 hatten wir Zinsausgaben in Höhe von 930 Millionen Euro; am Ende dieses Doppelhaushaltes, im Jahr 2018, sind wir bei 370 Millionen. Genau dieses Zinersparnis aufgrund der absolut schlimmen, immer wieder gescholtenen Politik von Mario Draghi verschwindet einfach so im Haushalt. Trotzdem kann die CSU ihren Haushaltsentwurf nur mit einem kräftigen Griff in die Haushaltsrücklage von mehr als einer Milliarde Euro finanzieren. So viel will die CSU vom Sparbuch Bayerns abheben.

Dass Ministerpräsident Seehofer zur gleichen Zeit die größte Steuersenkung aller Zeiten verspricht, lieber Peter Winter, ist genauso wenig seriös wie ein Steuerkonzept der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben eben ein anderes Weltbild als Sie!)

Es zeigt, wie wenig faktenorientiert die CSU daherredet. Doch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eines kann ich Ihnen versprechen: Es bleibt nicht bei diesem Haushaltsentwurf. Ich habe zwar erst ein Wahljahr hier in diesem Hohen Haus erleben dürfen, aber ich kann Ihnen versprechen: Im Wahljahr wird der Nachtragshaushalt nochmal massiv und kräftig ansteigen,

(Peter Winter (CSU): Ja, wenn es notwendig ist!)

weil landauf, landab die Wahlgeschenke verteilt werden müssen. An dieser Stelle sage ich: Hören Sie endlich damit auf, Bedürftige gegen Bedürftige auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Der Nachtragshaushalt für das Wahljahr 2013 ist um 7 % gestiegen – 7 %! 2013 war das, lange, bevor die vielen Geflüchteten bei uns angekommen sind. Hören Sie auf, die Rentnerin gegen einen minderjährigen Geflüchteten auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie etwas für die arme Rentnerin tun wollen, dann schaffen Sie mit uns gemeinsam das Ehegattensplitting ab, am besten morgen mit Bestandsschutz. Da sind wir dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also: Obwohl dieser Haushalt bereits jetzt in den Ausgaben wahllos ansteigt, bleiben weitere und wirklich wichtige zukunftsweisende Projekte wie Energiewende und Klimaschutz massiv unterfinanziert. Ideenlosigkeit in Schwarz. Dem Haushalt fehlt eine Ausrichtung in die Zukunft. Wo ist denn Ihre Energiewende? – Tatsächlich – schade, Frau Aigner ist jetzt nicht da – gibt es mehr Beamte im Ministerium. Das ist doch lächerlich. Wir wissen, wie Energiewende geht. Sie müssen sie umsetzen. Wir brauchen keine Beamten im Ministerium, um die Energiewende umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig werden Investitionen in Energiewende und Klimaschutz sträflich vernachlässigt. Wo ist denn die dringend notwendige Förderung ökologischer Landwirtschaft? – Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt jedes Jahr. Das wissen wir alle. Bayern schafft es nicht mal, die Nachfrage nach Biomilch zu decken. Bei konventioneller Milch haben wir eine Überproduktion von 170 %. Was machen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf? – Nichts, null Komma null. Hier wollen wir von der konventionellen Landwirtschaft in die Biolandwirtschaft umschichten, auch bei der Vermarktung. Wir setzen nicht auf den massenhaften Export konventioneller Produkte. Wir wollen mehr Bio für Bayern.

(Peter Winter (CSU): Mehr Biobier!)

Die Nachfrage ist in Bayern da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie Verkehrsprobleme in den bayerischen Ballungszentren lösen, etwa mit einem einzigen Projekt, nämlich der Stammstrecke in München, mit dem zweiten Tunnel? Und wie wollen Sie dann irgendwo im Land noch etwas finanzieren? Es ist völlig unsinnig, so an die Verkehrsprobleme in der Fläche heranzugehen, sie etwa mit einer dritten Startbahn für München zu lösen oder mit der Förderung des Nahluftverkehrs, die immer noch im Haushalt steht. Auch diese muss gestrichen werden. Natürlich

brauchen wir mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr, für Investitionen in der Fläche, genau da brauchen wir es, um gleichwertige Verhältnisse in Bayern schaffen zu können. Der Radverkehr muss viel mehr gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind zwei wichtige Punkte, die einfach mal im Haushalt umgesetzt werden müssen.

Wo ist Ihre Offensive für den Wohnungsbau? – Das ist wirklich eines der drängendsten Probleme. Sie haben es zumindest jahrelang, man kann schon fast sagen: über Jahrzehnte, verschlafen und gehen es jetzt leider wieder nur halbherzig an. Der Bund stellt für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich pro Jahr knapp 200 Millionen Euro zur Verfügung. Was machen Sie? – Sie kürzen die Landesmittel von rund 154 Millionen Euro auf gut 80 Millionen Euro und untergraben damit das Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber bei dem Thema Wohnen sind Sie wahrscheinlich zurzeit recht empfindlich; das würde ich auch verstehen. Erzählen wir die Geschichte doch mal von Anfang an – kurz; denn nachher kommt noch unser Dringlichkeitsantrag dazu. Aber weil Sie bei der Landesbank ein totales Desaster herbeiführen, muss man angeblich – das ist noch als "angeblich" zu sehen – die quasi staatseigenen Wohnungen verkaufen, die GBW. Aber wie Sie das handhaben, Herr Finanzminister, Sie als jemand, der sehr interessiert an soliden Einnahmen für unser Land sein müsste, wie Sie das so handeln, wenn internationale Konzerne oder ein Konsortium wie im Fall der GBW auf Steuervermeidung aus sind, ist auf jeden Fall erklärungsbedürftig. Bei Apple haben Sie schon öffentlich bekundet, dass Sie vollstes Verständnis für diese Haltung haben. Aber dann wären Sie als Finanzminister völlig fehl am Platz. Sie sind nicht Sprecher von Wirtschaftsunternehmen, sondern Sie müssen zusehen, dass ein jeder und eine jede seine bzw. ihre Steuern anständig zahlt. Damit würden Sie für Gerechtigkeit sorgen.

Beim Thema Steuergerechtigkeit gibt es – ich gebe es zu – auch etwas Positives: Sie haben endlich befolgt, was die Oppositionsfraktionen jahrein, jahraus, tagein, tagaus gesagt haben, und endlich mehr Anwärterstellen im Bereich der Finanzverwaltung ausgebracht. Es wurde aber auch Zeit. Wir haben heute schon gehört, dass es auch mehr Polizisten gibt. Ja, jetzt sind wir bei dem Stand, den wir hatten, bevor Stoiber den Sparkurs eingeschlagen und den ganz großen Rotstift angesetzt hat. Jetzt sind wir erst wieder bei dem, was damals eingespart wurde. Jetzt haben wir wieder mehr Lehrkräfte. Alles richtig, aber warum erst jetzt? – Vor allem frage ich mich: Kann sich noch jemand daran erinnern, wie es war, als Ministerpräsident Seehofer 2013 seine erste Regierungserklärung in dieser Legislaturperiode abgegeben hat? Hier war er gestanden – dort oben saß der Chef des Beamtenbundes – und hat fast schon drohend nach oben gesagt: Lieber Herr Habermann, in dieser Legislaturperiode wird es keine einzige neue Stelle geben. Kann sich daran noch jemand erinnern? Ich kann mich daran noch ziemlich gut erinnern, und ich habe auch gesehen, wie Herr Habermann, der Chef des Beamtenbundes, reagiert hat. Aber so war es nicht, und es ist auch gut, dass es nicht so war, weil wir die Stellen brauchen. Aber dann müssen Sie endlich auch richtig für die Beamtenpensionen vorsorgen.

Was wir vor allem nicht brauchen, sind 700 zusätzliche Stellen, damit ein selbsternannter Heimatminister seinen Plan durchbringen kann, Teilbehörden irgendwohin ins Land zu bringen. Fakt ist: Die Beamtinnen und Beamten wollen nicht dorthin ziehen, und Sie müssen 700 Stellen zusätzlich schaffen, damit dieser Plan umgesetzt werden kann. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schichten natürlich auch diese Stellen zu etwas Sinnvollem um. Es ist wirklich erschreckend, dass Sie mit so viel Geld so wenig anfangen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt spreche ich noch einen Punkt an, bei dem gerade die Sozialpolitikerinnen und -politiker unter Ihnen, wie ich finde, eigentlich

nur peinlich berührt sein können. Wir sprechen von einem Haushaltsvolumen von 58 Milliarden Euro; 58 Milliarden Euro enthält der Haushalt 2017. Aber Sie schaffen es nicht, die Kürzungen im Landesbehindertenplan – er betrifft ältere Menschen mit Behinderung –, die es einmal gab, auszugleichen. Wir sprechen bei 58 Milliarden Euro von 3 Millionen Euro, die Sie immer noch nicht aufbringen wollen. Ich finde, das muss Ihnen unangenehm sein; etwas anderes kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir strukturieren den Haushalt um, zum Beispiel bei dem Unsinn weiterer Transferleistungen wie des Betreuungsgeldes. Da wird Geld dafür ausgegeben, dass jemand eine öffentliche Einrichtung nicht in Anspruch nimmt. Wenn jemand nicht in die Oper geht, geben wir ihm in Zukunft auch Geld dafür, dass er nicht in die Oper geht. Wir schichten dieses Geld um und stecken es in die frühkindliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hohe Ausgaben für neue Staatsstraßen und Subventionen für Unternehmen schichten wir zugunsten des Klimaschutzes um. Wir investieren ordentlich in solide Kommunalfinanzen und in Bildung. Wir schichten mit unserem grünen Entwurf um, auch wenn wir uns damit nicht bei jedem und jeder lieb Kind machen können und auch wenn Sie dann nicht einen eigenen Wahlkampf als Ministerpräsidentenkandidat führen können. Aber es ist auch nicht Aufgabe der Politik, überall lieb Kind zu sein, sondern unsere Aufgabe ist es, zu gestalten und Rahmenbedingungen zu schaffen. Deswegen schichten wir das Geld um.

Wir schichten das Geld von den Transferleistungen um und stecken es in bessere Qualität im vorschulischen Bereich. Alle Studien zeigen, dass genau das der richtige Weg ist. Ich finde, Sie sollten endlich das Gleiche tun und nicht immer nur mangelnden Integrationswillen beschwören. Wir setzen in unserem Entwurf auf mehr Qualität und bessere Betreuung. Unser Haushaltsentwurf setzt auf Generationengerechtigkeit. Statt auf PR-mäßige Schuldentilgung mit falschen Versprechen und falschen Zahlen

zahlen wir in den Pensionsfonds, wie es das alte Gesetz vorgesehen hat. Wir setzen auf Nachhaltigkeit, und wir investieren ordentlich in die Energiewende. Da müssen wir den Kommunen unter die Arme greifen. Deswegen gibt es mehrere Sonderprojekte, -titel und -ideen. Wir sagen: Ihr Kommunen müsst jetzt wirklich Geld in die Hand nehmen, um eure Gebäude zu sanieren. Aber zusätzlich gibt es einen höheren Anteil am Steuerverbund für die Kommunen, langfristig 15 %. Wir setzen auf ein partnerschaftliches Miteinander mit den Kommunen und legen ihnen keine goldenen Zügel an.

Wir setzen auch auf unsere Kinder. Geld fließt sowohl in die Vorschule und eine bessere Schulversorgung als auch in ein besseres Angebot an Schulpsychologen und eine Extremismusprävention. Dafür haben Sie fast keine Landesmittel vorgesehen, sondern geben einfach nur das weiter, was der Bund zahlt. Wir setzen auf Mobilität abseits vom Auto, auf öffentlichen Nahverkehr und auf Radwege.

Ich fasse zusammen: Mit unserem Haushaltsentwurf denken wir an die Kinder von heute, die Erwachsenen von morgen, weil wir ihnen mit genug Vorsorge für den Bauunterhalt und die Beamten keinen riesigen Berg an verdeckter Verschuldung überlassen. Unser Haushaltsentwurf ist gegengerechnet, nachhaltig und generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Mistol.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ein paar Takte zu den Kommunal финанzen sagen. Heute war ja schon viel, ganz unbescheiden, von Rekorden die Rede. Doch Ihre Jubelgesänge auf einen Finanzausgleich der Superlative, verehrter Herr Söder, gehen ziemlich an der Realität vorbei, was man insbesondere sieht, wenn man genauer hinschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der kommunale Finanzausgleich wächst im Vergleich zum Vorjahr zwar um 3 % auf rund 8,8 Milliarden Euro. Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt; denn der Finanzausgleich ist bei Weitem nicht so rekordverdächtig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Erfreulich ist sicher, dass der Freistaat über die Verbundzuwächse hinaus 30 Millionen Euro frisches Geld zur Verfügung stellt; die restlichen 230 Millionen Euro stammen allein aus den sprudelnden Steuereinnahmen. Enttäuschend ist aber aus unserer Sicht, Herr Söder, dass Sie sich erneut der Forderung der Kommunen verweigern, ihren Anteil am allgemeinen Steuerverbund zu erhöhen. Er bleibt unangetastet bei 12,75 %. Wir GRÜNE sagen, das ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen sind die Garanten der Daseinsvorsorge. Handlungsfähige, finanziell gut ausgestattete Kommunen sind Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Der kommunale Finanzausgleich ist das Herzstück, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Wir haben vor der Sommerpause im Innenausschuss über ein Antragspaket der SPD für einzelne kommunale Fördervorhaben diskutiert. Wir waren im Gegensatz zur SPD der Meinung, dass kleinteilige Förderprogramme nicht richtig sind, und die Kollegen von der CSU haben ihre Ablehnung so ungefähr damit begründet, dass dafür der allgemeine Steuerverbund zur Verfügung steht. Aber den muss man dann natürlich erhöhen, und das ist damals von den Kollegen im Innenausschuss, auch denen von der CSU, signalisiert worden. Dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, und ihm können Sie dieses Mal zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann der finanzielle Spielraum der Kommunen aus unserer Sicht deutlich und nachhaltig vergrößert werden. Die Verantwortlichen in den Kommunen wissen schließlich selbst, wofür sie das Geld ausgeben wollen. Wir

brauchen keine goldenen Zügel, wie es die Kollegin Claudia Stamm schon gesagt hat, und wir brauchen keine Förderprogramme für alles und jedes. Aber die Staatsregierung und die CSU sind offensichtlich von der Vorstellung getragen, sie wüssten besser, was für die Kommunen in Oberfranken oder im Bayerischen Wald gut ist. Ich sage Ihnen: Die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wissen mindestens genauso gut wie Sie, meine Damen und Herren von der CSU, was gut ist, vielleicht sogar noch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Satz. Der Investitionsstau in den Kommunen ist groß. Ich nenne nur zwei Beispiele. Bei der energetischen Sanierung gibt es einen riesigen Handlungsbedarf, und das andere ist die Barrierefreiheit. Zurzeit ist in der ganzen Stadt plakatiert: Bayern barrierefrei. Es wäre aber besser, nicht in eine solche große Werbekampagne mit Großflächenplakaten zu investieren, sondern die Kommunen zu unterstützen, damit sie die Barrierefreiheit vor Ort umsetzen können. Der Investitionsstau ist auf jeden Fall groß. Geben Sie den Kommunen die finanziellen Mittel, die sie brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Herold.

**Hans Herold (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Pohl, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ihr Hinweis auf die KPdSU war völlig daneben, lieber Herr Kollege Pohl.

(Beifall bei der CSU)

Recht hatten Sie allerdings – darin kann ich Ihnen nur zustimmen –, als Sie gesagt haben, Bayern sei fit. Die Kollegin Stamm hat darauf hingewiesen, dass Bayern gut dastehe. Das ist insbesondere auch an dem Doppelhaushalt 2017/2018 ersichtlich.

Herr Pohl, Sie haben vorhin die Anstrengungen der Staatsregierung in Bezug auf die innere Sicherheit lobend erwähnt. Nachdem von der Opposition die Stellensituation in der Steuer- und auch in der Finanzverwaltung immer wieder kritisiert wird, möchte ich darauf hinweisen, dass ich in dieser Woche bei einer Vereidigung in der Meistersingerhalle in Nürnberg war. Dort hat unser Staatsminister Dr. Markus Söder 1.277 Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter vereidigt. Ich denke, das ist eine richtig gute Politik, letztendlich auch eine Politik für die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Thema Behördenverlagerung sagen. Auch das hat Frau Stamm kritisiert. Ich als Vertreter des ländlichen Raumes, der auch kommunalpolitische Verantwortung hat, sage Ihnen: Das sind ganz wichtige strukturpolitische Maßnahmen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in meinen Stimmkreis Behördenverlagerungen durchgeführt werden. Das ist ein ganz entscheidender und wichtiger Punkt, gerade zur Stärkung des ländlichen Raumes und natürlich auch für unser Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin unserem Finanzminister, dem Staatssekretär und der Staatsregierung für den kommunalen Finanzausgleich sehr dankbar. Sie werden zugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Finanzausgleich gerade in der Ära von Dr. Markus Söder Jahr für Jahr deutlich erhöht wurde. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Jahr 2017 einen kommunalen Finanzausgleich haben werden, wie er noch nie bei uns da gewesen ist, nämlich in Höhe von 8,82 Milliarden Euro. Das sind wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bezug auf die Stärkung des ländlichen Raumes möchte ich noch das Thema Infrastruktur ansprechen. Hierfür sind ganz entscheidende Mittel vorgesehen. Ich nenne nur die Erhöhung der Mittel für die Staatsstraßen, aber auch – dies sage ich ganz deutlich – für die Breitbandförderung, für den Ausbau des Breitbandnetzes. Das sind Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung des ländlichen Raumes. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass auch hier entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

Abschließend möchte ich noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich sehr stolz bin, dass es die Staatsregierung als einzige in ganz Deutschland geschafft hat, bereits zum 13. Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Zwei Bemerkungen: Erstens. Wir sind nicht auf einem Auge blind. Deswegen gibt es Lob und Kritik.

Zweitens. Herr Kollege Herold, auch wenn Ihre Partei eine Staatsrätin eingesetzt hat und es nach dieser Logik auch einen Staatsratsvorsitzenden geben muss, vergleiche ich die CSU natürlich nicht mit der KPdSU, sondern ich sage, ihr sollt es anders machen als die.

**Hans Herold (CSU):** Danke für diesen Hinweis.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Dr. Söder um das Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Bemerkungen machen: erstens zu Herrn Güller. Herr Güller, Sie haben den Wohnungsbau in den Mittelpunkt Ihrer Argumentation gestellt. Das ist in der Tat – da haben Sie völlig recht – eine große Aufgabe. Der Freistaat Bayern gibt bis zum Jahr 2019 2,6 Milliarden Euro für den Wohnungsbau aus.

Aber wenn ich mir einmal anschau, was Ihre SPD-Kollegen machen, die Sie verehren und schätzen – ob Sie sie wählen, weiß ich nicht –, dann frage ich: Was ist denn eigentlich aus der Mietpreisbremse geworden? – Die Mietpreisbremse von Herrn Justizminister Maas, SPD, ist ein einziger Flop, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, hören Sie zu! Das ist immer das schlechte Gewissen bei Ihnen.

Zweitens. Haben wir nicht versprochen, dass beim Bauen etwas vorangeht? Haben wir nicht gesagt, dass die Standards schneller kommen müssen? Haben wir nicht gesagt, dass der Wohnungsbedarf nur dann befriedigt werden kann, wenn das Bauen erleichtert wird? – Zuständig für Baurechtsnovellen ist die Bundesumweltministerin, Frau Hendricks. Was ist passiert? – Nichts. Das ist ein totaler Flop von der SPD an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer ist denn im Bund für den Wohnungsbau zuständig? Wer ist der nach eigener Einschätzung wichtigste Staatssekretär der SPD aller Zeiten? – Das ist Florian Pronold. Ich sage Ihnen eines: Beschließen Sie doch auf Ihren SPD-Parteitag in Bayern endlich, dass Herr Pronold mehr Geld gibt. Aber sagen Sie uns nicht, dass wir zu wenig tun; denn wir leisten mehr als die SPD auf Bundesebene.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Bezüglich der Steuern haben wir eine grundlegend andere Auffassung. Bei der Erbschaftsteuer haben die SPD-Länder ja am Schluss zugestimmt. Aber der SPD geht es bei der Erbschaftsteuer um etwas anderes als uns. Wir haben immer gesagt: Mittelständische Firmen als Familienunternehmen brauchen keine Steuererleichterungen, sondern sie brauchen die Chance, ihre Substanz so zu halten, dass sie den Betrieb überhaupt noch übergeben können. Wir wollten keine Steuererhöhungen. Wir wollten auf keinen Fall einen Verlust von Arbeitsplätzen; denn wenn Arbeitsplätze verloren gehen, nützen auch hohe Steuersätze nichts, weil Arbeitslose keine Steuern zahlen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch bezüglich der Regionalisierung bin ich fundamental anderer Auffassung als Sie. Bei der Gewerbesteuer akzeptieren wir doch auch, dass die Kommunen ein selbstständiges Hebesatzrecht haben, weil es ihr Geld ist; das ist völlig okay. München hat ja einen entsprechenden Hebesatz. Warum ist es nicht okay, wenn die Erbschaftsteuer allein den Ländern zugutekommt, dass sie dann auch selbstständig darüber entscheiden können?

Jetzt gibt es einen Vorschlag der Mehrheit der Länder – Bayern und Hamburg sind dagegen –, die Grundsteuer explodieren zu lassen. Meine Damen und Herren, das ist doch eine völlig absurde Situation. Ich finde, derjenige, der Steuereinnahmen bekommt, sollte auch das Recht haben, über die Höhe der Steuersätze zu entscheiden. Andere haben nichts davon und müssen insofern auch nichts entscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zu den anderen Punkten wie Vermögensteuer, Reichensteuer usw.: Es kommt immer wieder heraus – egal, ob es um PR oder um Steuern geht; da nagen Sie an irgendetwas. Das merke ich. Das tut Ihnen weh, und das treibt Sie um. Ich kann Ihnen nur raten: Machen Sie es doch einfach besser. Dann stehen Sie noch mehr in der Zeitung.

Aber in Bezug auf die Steuern kann es auf jeden Fall kein Argument sein, immer nur zu sagen: Die anderen sollen zahlen.

Wir haben jetzt wachsende Steuereinnahmen. Wissen Sie, warum die in Bayern wachsen? – Die wachsen, weil wir eine gute Wirtschaft haben. Wer glaubt, mit höheren Steuersätzen eine bessere Wirtschaft zu bekommen, der scheitert. Das Modell NRW wollen wir in Bayern nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch etwas bezüglich der Beamten sagen. Sowohl die Bayerische Finanzgewerkschaft – bfg – als auch der Bayerische Beamtenbund – Sie waren ja zum Teil dabei – haben sich sehr lobend über die Bayerische Staatsregierung geäußert. Wir hatten auch schon andere Zeiten. Liebe Ingrid Heckner, man kann wohl sagen: Die bayerischen Beamten wissen, wer ihr verlässlicher Partner ist. Die bayerischen Beamten schätzen die Vorsorge des gesamten Hohen Hauses, wenn ich das so sagen darf. Sie respektieren auch, dass wir bei der derzeitigen Entwicklung, anders als andere Bundesländer, ihre Arbeit mehr wertschätzen. Wir behalten den Kurs auch bei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Pohl, zu Ihnen fällt mir jetzt nichts ein.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schon wieder alles vergessen?)

– Nein, aber das steht für sich. Das kann gut und schlecht sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch zu Frau Stamm zwei, drei Bemerkungen, die mir wichtig sind. Liebe Frau Stamm, zunächst einmal: Die Zinersparnis in Bayern kommt nicht wegen Draghi. Wissen Sie, woher die Zinersparnis in Bayern kommt? – Sie kommt daher, weil dieser Teil des Parlaments nicht auf Draghi setzt, sondern auf eine eigene solide Haus-

haltspolitik, und Schulden tilgt. Unsere Zinersparnis kommt von der Schuldentilgung, meine Damen und Herren, nicht von Europa. Wir sind stolz darauf, dass das bei uns stattfindet.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben auch beim Länderfinanzausgleich eine fundamental andere Auffassung. Wenn wir Ihrem Vorschlag gefolgt wären, gar nichts zu machen, irgendwie zu verhandeln, bloß keine Klage einzureichen und vielleicht ganz still irgendwo Briefe oder SMS zu schreiben, dann wären wir nicht so weit gekommen. Es ist wirklich dem Einsatz der Staatsregierung, ganz besonders des Ministerpräsidenten zu verdanken, dass wir mit der Klage, mit klarem Druck und mit klarem Einsatz etwas erreicht haben, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt kurz davor stehen, eine solche Entscheidung zu treffen. Es wurde gesagt, das seien nur ein paar hundert Millionen Euro. Meine Damen und Herren, wir reden hier von Hunderten Millionen, einer Milliarde Euro Steuergeld. Das ist für jeden Steuerzahler sehr viel Geld.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist Papier! – Zuruf von der SPD)

Mit einer Milliarde Euro kann man viel verbessern und bewerkstelligen. Aber, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt so weit sind, liegt nur an der Strategie der Bayerischen Staatsregierung. Diese war richtig. Ich sage Ihnen ehrlich: Wenn es zu keiner Entscheidung kommen sollte, dann geht die Sache ihren Weg weiter. Wir hoffen und setzen darauf. Aber wenn man nicht von vornherein eine ordentliche Position hat und nicht bereit ist, zu zeigen, dass man für diese Position kämpft, kann man nicht erwarten, am Ende ein Ergebnis zu erzielen. Das haben wir gemeinsam getan.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu einem letzten Punkt. Ich muss ehrlich sagen, ich fand die Rede von Herrn Güller in dieser Hinsicht deutlich fordernder. Sie sagen nämlich immer wieder

das Gleiche. Sie sagen immer wieder Nein zu Straßen und wollen dafür mehr für den Klimaschutz. Das ist nicht so originell.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Aber Ihre Rede war wahnsinnig originell!)

– Wir versuchen, in der Staatsregierung immer Originalität zu zeigen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): "Ich bin der Beste!")

An einer Stelle möchte ich für die Bürgerinnen und Bürger einen Unterschied zwischen Ihrer Position und unserer Denke herausarbeiten. Dieser Unterschied wird beim Thema Behördenverlagerung sehr offenkundig. Das ist im Grunde genommen ein Geständnis nach dem Motto: Um Gottes willen, Beamte müssen München verlassen, um draußen in der Region zu arbeiten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ihr Grundverständnis, ob es sich um das LEP oder um das Heimatverständnis handelt, ist immer das Gleiche. Sie sind allein zentralistisch und tun sich grundlegend schwer, zu akzeptieren, dass es außerhalb von München auch noch Räume gibt, die Unterstützung benötigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Für was brauchen Sie dann 700 neue Stellen? Das ist völlig unlogisch!)

– Ich habe jedem Ihrer Sätze zugehört, ohne dazwischenzubrüllen.

(Zuruf von der CSU: Das kann man jetzt aber wirklich abstellen! – Zuruf von den GRÜNEN)

– Doch, ich habe Ihnen zugehört. Ich habe Sie gehört. Ob ich es verstanden habe, weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei der CSU)

Jeder hat das Recht, hier seine Meinung kundzutun. Akzeptieren Sie das endlich einmal.

Eines sage ich zum Schluss. Ich habe einiges herausgehört. Sie sagen schweren Herzens, nolens volens, im Grunde genommen sei es gar nicht so übel, was hier als Haushalt vorliegt. Das verstehe ich dann wieder, ich bedanke mich dafür. Meine Damen und Herren, ich finde, wenn wir uns darauf einigen könnten, wäre das eine sehr saubere Arbeitsgrundlage. Ich stelle mir vor, über welche Probleme wir in Nordrhein-Westfalen reden würden, über welche Probleme wir dort reden würden, was wir kürzen und was wir streichen müssten oder dass wir die Polizisten nicht ordentlich bezahlen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Personaltausch!)

Stellen Sie sich das mal vor! Ich finde, Sie sollten Verständnis dafür haben, dass Bayern ein super Land ist, dass wir hier einen ordentlichen Haushalt haben und dass wir im Vergleich zu anderen eine echte und ehrliche Zukunftsperspektive haben. Auf dieser Arbeitsgrundlage sollten wir die Ausschussberatungen vornehmen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ja wohl. Dann ist das somit beschlossen.